94. Sitzung

am Dienstag, dem 16. Juli 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6788	Arbeitslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit gewährleisten (Drs. 14/10050)	
Geburtstagswünsche für Staatsminister Josef Miller und den Abgeordneten Manfred Weber	6788	Dr. Bernhard (CSU)	6788
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abg. Naaß, Dr. Kronawitter (SPD)		Maget (SPD)	6790
Umsetzung des Bundesinfektionsschutzgesetzes; Freistellung von der Kostenpflicht für Beratung/Belehrung für im Ehrenamt Tätige (Drs. 14/7294)		Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6792
(s. a. Anlage 1 – Beratung in der 93. Sitzung) . .	6788	Kobler (CSU)	6794
und		Dr. Kaiser (SPD)	6795
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abg. Dr. Dürr, Schammann u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Frau Staatsministerin Stewens	6797
Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes bürgerfreundlich gestalten (Drs. 14/7312)		Dr. Söder (CSU)	6799
(s. a. Anlage 2 – Beratung in der 93. Sitzung) . .	6788	Dr. Scholz (SPD)	6800
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der CSU		Staatsminister Dr. Wiesheu	6801, 6811
Politik für Arbeitsplätze		Obermeier (CSU)	6804
hierzu:		Wahnschaffe (SPD)	6805
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Kobler u. a. u. Frakt. (CSU)		Pschierer (CSU)	6806
Politik für Arbeitsplätze (Drs. 14/10049)		Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6807
und		Schläger (SPD)	6808
Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Dr. Dürr u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dinglreiter (CSU)	6809
		Strasser (SPD)	6810
		Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/10050	6812
		Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/10049 (Bekanntgabe des Ergebnisses und Abstimmungsliste siehe Protokoll der 95. Sitzung)	6812
		Bestätigung eines Mitglieds für den Bayerischen Landessportbeirat	
		Beschluss	6812
		Mitteilung des Präsidiumsbeschlusses betreffend Abg. Dr. Klaus Gröber	6813
		Schluss der Sitzung	6813

(Beginn: 15.04 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 94. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche aussprechen: Am 12. Juli feierte Herr Staatsminister Josef Miller einen halbrunden Geburtstag. Einen runden Geburtstag beging am 14. Juli Herr Kollege Manfred Weber. Ich gratuliere den beiden Kollegen im Namen des gesamten Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und gutes Gelingen bei ihren parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Nun möchte ich die Ergebnisse der am letzten Donnerstag durchgeführten namentlichen Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 20 und 21 bekannt geben, zunächst zu Tagesordnungspunkt 20: Antrag der Abgeordneten Naaß, Dr. Kronawitter (SPD) betreffend „Umsetzung des Bundesinfektionsschutzgesetzes, Freistellung von der Kostenpflicht für Beratung/Belehrung für im Ehrenamt Tätige“ auf Drucksache 14/7294. Mit Ja haben 133 Abgeordnete gestimmt. Nein-Stimmen und Enthaltungen wurden nicht abgegeben. Der Antrag ist damit in der Fassung des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Zu Tagesordnungspunkt 21: Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schammann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes bürgerfreundlich gestalten“ auf Drucksache 14/7312. Hierzu wurden 9 Ja-Stimmen abgegeben. Mit Nein haben 123 Abgeordnete gestimmt. Ein Mitglied des Landtags hat sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 15

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „**Politik für Arbeitsplätze**“ beantragt. In die Aktuelle Stunde beziehe ich die folgenden zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Kobler und anderer und Fraktion (CSU)

Politik für Arbeitsplätze (Drucksache 14/10049)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeitslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit gewährleisten (Drucksache 14/10050)

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen. Das wird dann auf die Gesamtredzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Dauer der Aussprache zu sprechen. – Ich bitte Sie, jeweils auf das Signal zu achten.

Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Bernhard mit einem Zehn-Minuten-Beitrag.

Dr. Bernhard (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Juni in katastrophaler Weise entwickelt hat. Wir haben 200000 Arbeitslose mehr gegenüber Juni 2001. Wir haben eine massiv gestiegene Jugendarbeitslosigkeit, und wir haben in den neuen Ländern ein Allzeithoch der Arbeitslosigkeit seit der Deutschen Einheit. Das zeigt, dass der Bundeskanzler die Chefsache Ost offenbar an die Wand gefahren hat.

(Beifall bei der CSU)

Dass Sie dafür immer die Weltwirtschaft in Anspruch nehmen, meine Damen und Herren von der Opposition, ist ein durchsichtiges Ausweichmanöver; denn wir sehen im innereuropäischen Vergleich, dass wir hier die letzte Stelle einnehmen. Wir haben in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 0,6% und in der Europäischen Union ein solches von knapp 2%. Das macht deutlich, wie heute dort unser Standing ist. Die Behauptung des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung von Anfang Juli, die Konjunktur starte durch, ist nichts als Wunschdenken. Die Menschen im Lande wissen und sehen das. Aus den Umfragen erkennen auch Sie, dass die Bevölkerung die Lage begriffen hat.

Die Investitionen, die immer eine wichtige Rolle spielen, sind eingebrochen. Der Konsum kommt nicht in Schwung, weil Sie den Leuten durch Steuer- und Abgabenerhöhungen das Geld aus der Tasche ziehen und weil die Bürger durch Ihre Politik total verunsichert sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Im Mai ist auch noch der Export, das einzige Standbein der Konjunktur, um fast 8% eingebrochen. Die Euro-Dollar-Parität, die wir jetzt erreicht haben, wird den Export zumindest nicht fördern.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob und wie wir die Arbeitslosigkeit besser verwalten oder wie wir – wie es

im Antrag der GRÜNEN zum Ausdruck kommt – Arbeit umverteilen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergreifen, sondern die entscheidende Frage ist, wie wir wieder Wachstum und neue und zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu brauchen wir ganz dringend und an erster Stelle eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast. Sie haben zwar eine Steuerreform gemacht, aber diese Steuerreform geht in die falsche Richtung. Sie haben den Mittelstand massiv benachteiligt

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– das ist unbestreitbar –, obwohl heute nur noch der Mittelstand Arbeitsplätze schafft und obwohl der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung damals gesagt hat, im Mittelpunkt seiner Steuerreform stehe der Mittelstand. Das kann man nur abhaken nach dem Motto: versprochen und gebrochen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben trotz unserer Warnungen die Definitivbesteuerung bei der Körperschaftsteuer eingeführt und den Beteiligungsverkauf großer Konzerne steuerfrei gestellt.

(Zurufe von der SPD)

Das beschämende Ergebnis für Sie ist – da wende ich mich insbesondere an die SPD –, dass die großen Konzerne heute zur Finanzierung der Allgemeinheit in Deutschland keinen Beitrag mehr leisten. Dies ist ein steuer- und gesellschaftspolitischer Skandal erster Ordnung.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Steuerreform hat auch noch andere soziale Schlagseiten. Ich erinnere nur an den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende und einiges andere mehr. Wir werden deshalb – das ist unser fester Wille – nach dem 22. September mit dieser ökonomisch falschen und sozial ungerichten Steuerlastverschiebung von oben nach unten Schluss machen.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in der kurzen Zeit eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht – ich will sie jetzt nicht alle aufzählen –, wie wir das Steuerrecht ändern wollen. Wir wollen zum Beispiel insbesondere den Spitzensatz bei der Einkommensteuer erheblich reduzieren, die Steuerfreiheit bei Beteiligungsverkäufen überprüfen und einschränken und einiges andere mehr.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Thema: Wir brauchen wieder mehr Mittelstand und mehr Selbstständige. Deshalb muss das Scheinselbstständigengesetz weg.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gesetz ist ein massiver Schlag gegen das Gründungsgeschehen in Deutschland. Wir brauchen intensive Bemühungen zur Sicherung der Finanzierung des Mittelstandes und zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis; denn das ist heute eines der drängendsten Probleme des deutschen Mittelstandes. Sie, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, haben sich darum nicht gekümmert.

(Zurufe von der SPD: Oh je!)

Wir brauchen intensive Bemühungen – das ist ein weiteres zentrales Thema – für den Mittelstand zur Lichtung des bürokratischen Dschungels in Deutschland. Sie haben es geschafft, Deutschland auf vielen Feldern nach hinten zu bringen, aber bei der Bürokratie sind wir leider immer noch Spitze.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sogar neue Konstrukte wie die Bauabzugsteuer hinzugefügt und neue bürokratische Monster geschaffen.

(Zurufe von der SPD)

Die Bürokratie ist heute neben der Finanzierungsfrage eine entscheidende Existenzfrage für den deutschen Mittelstand geworden. Wir müssen deshalb diesen Mittelstand wie auch die gesamte Wirtschaft in Deutschland von den Fesseln der Bürokratie und Fesseln ähnlicher Art befreien.

Ein drittes Thema, meine Damen und Herren: Wir müssen die Investitionsbremsen lösen und die Investitionskraft der öffentlichen Hände stärken. Sie haben die Investitionsquote des Bundes auf jetzt 10% gesenkt. Sie haben den Mietwohnungsbau durch die Verkürzung der Spekulationsfristen und Ähnliches ruiniert.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie sich das einmal in Ruhe an. Das ist so, meine Damen und Herren. Fragen Sie doch einmal die Bauindustrie, was sie von all diesen Maßnahmen hält.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Investitionskraft der deutschen Gemeinden, die eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen spielen, durch Ihre Wirtschaftspolitik tief geschwächt. Ich nenne nur die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, ihr Verhalten bei UMTS oder auch den mangelnden Ausgleich bei der Kindergeldumstellung und der Grundsicherung sowie einiges mehr. Darüber hinaus haben Sie

eine Gemeindefinanzreform versprochen, sie aber in die nächste Legislaturperiode verschoben.

Und Sie tun ein Weiteres auch in Bayern, meine Damen und Herren von der Opposition: Sie blockieren überall Infrastrukturprojekte, wo immer es nur geht, ob es sich um den Autobahnbau handelt, um ICE-Trassen oder anderes. Jede ICE-Trasse ist in Ihren Augen falsch; damit werden wir uns noch befassen.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Die Stadt München ist aus München II ausgestiegen und auch hier in München – um bei der Stadt zu bleiben – behindern Sie die Neutronenquelle, wo es geht, und bekämpfen sie sogar per Gericht. Dies zeigt, dass Rot-Grün ein Investitionshindernis ist, das am 22. September beseitigt werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen dringend eine Deregulierung des Arbeitsmarktes. Alle Forschungsinstitute, der IWF und die OECD stellen fest, dass seine Regierung eines der gravierendsten Probleme in Deutschland ist.

(Zurufe von der SPD)

Und was haben Sie getan? – Sie haben den Arbeitsmarkt weiter reguliert. Meine Kollegen werden darauf noch eingehen. Wie falsch dies ist, kann man daran sehen, dass dort, wo die Arbeitsmärkte dereguliert sind, das Wachstum bereits bei einer Marge von 0,6% arbeitsmarktwirksam ist, während in der Bundesrepublik Deutschland die Grenze bei 2,3% liegt.

(Zurufe von der SPD: Und was haben Sie 16 Jahre lang gemacht?)

Ihre Arbeitsmarktpolitik wendet sich gegen die Arbeitslosen in Deutschland. Deshalb ist sie kontraproduktiv und in hohem Maße unsozial.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen natürlich auch eine effektivere Arbeitsvermittlung. Uns helfen nicht – und den Arbeitslosen schon zweimal nicht – statistische Trickereien wie die Verstaatlichung der Arbeitslosigkeit oder soziale Kahlschläge. Wir brauchen einen Technologieschub in Deutschland, so wie wir ihn in Bayern seit Jahren produzieren, um auch in Deutschland die Technologiepolitik voranzubringen, und wir brauchen in der Tat auch einen Push für den Bildungsstandort Deutschland, wie das im Antrag der GRÜNEN angesprochen ist. Den haben die rot-grünen Bildungsstrategen in den Ländern, in denen sie regieren, gebremst. Das ist zweifelsfrei durch Pisa festgestellt.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün hat Deutschland leider – wir freuen uns darüber nicht – auf vielen Feldern nach unten gezogen. Wir brauchen einen Aufbruch, wir brauchen einen neuen Aufstieg, und wir brauchen Taten.

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

Ihre Abschlussbilanz, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ist katastrophal und deshalb muss das Management in Berlin unbedingt ausgetauscht werden. Jawohl!

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Maget. Er bringt einen 10-Minuten-Beitrag.

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wir uns nicht im Bundestag befinden, sondern im Bayerischen Landtag, sei zunächst ein kurzer Blick auf die bayerische Arbeitsmarktsituation erlaubt. Wir haben in unserem Bundesland leider 354 000 registrierte Arbeitslose. Das ist kein Grund zu Selbstlob, Herr Kollege Bernhard, sondern zu Beichte und Buße.

(Dr. Bernhard (CSU): Wir sind nicht schlecht!)

Die Lage auf dem bayerischen Arbeitsmarkt ist heute deutlich schlechter als beim Amtsantritt des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber im Jahre 1993.

(Beifall bei der SPD)

Damals waren es 285 000 registrierte Arbeitslose, und heute sind es 70 000 mehr.

(Zuruf von der CSU: Und warum wohl?)

Stoiber ist damit erstaunlicherweise tatsächlich der Ministerpräsident der Arbeitslosigkeit in Bayern. Das muss man zunächst einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Dr. Bernhard (CSU): Da müssen Sie doch selber lachen! – Zahlreiche Zurufe)

– Wir diskutieren über Zahlen, die Sie nicht bestreiten können.

(Beifall bei der SPD)

Erstaunlich ist die Tatsache, dass Stoiber der Ministerpräsident der Arbeitslosigkeit in Bayern ist, aus folgendem Grund:

Herr Stoiber hatte im Gegensatz zu allen Kollegen in den anderen Bundesländern sage und schreibe zusätzliche 5 Milliarden € Privatisierungserlöse neben den ordentlichen Haushaltsmitteln zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Das hatte niemand anderer, weil die anderen nicht in gleichem Maße privatisiert haben. Diese 5 Milliarden waren ohne Zweifel sowohl ein Bauprogramm als auch ein Hightech-Investitionsprogramm.

Trotzdem ist es Ihnen nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit in Bayern zu senken. Sie haben sie gesteigert. Das ist ein schlechtes Zeugnis für Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben – das ist noch viel schlimmer – die Arbeitslosigkeit in Bayern in den letzten Jahren nicht nur gesteigert; Sie haben – das ist ein Skandal – vielmehr auch die regionalen Ungleichgewichte in Bayern immer stärker wachsen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Heute ist die Arbeitslosigkeit in Oberfranken, etwa in Hof, dreimal so hoch wie in Oberbayern, etwa in Freising oder in Ebersberg. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, verehrter Herr Kollege Dr. Bernhard.

(Beifall bei der SPD)

Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Außerdem möchte ich noch daran erinnern – dann kommen wir noch auf die bundespolitische Situation zu sprechen –, dass Bayern im Augenblick von einer Pleitenwelle überrollt wird, wie wir sie schon lange nicht mehr erlebt haben.

(Zurufe von der CSU: Warum?)

– Warum? Kirch ist Ihre Pleite, meine Damen und Herren, nicht die unsere.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass Herr Huber da ist. Als er Premiere nach Bayern geholt hat, hat er das als „Big Point“ der bayerischen Medienpolitik beschworen. Sie haben Kirch einen Mühlstein umgelegt und damit zur größten Insolvenz, die wir in unserem Land erlebt haben, beigetragen.

Ich will an die Maxhütte gar nicht weiter erinnern. Das war doch ein Debakel: ein einziges Stahlwerk in Bayern, und Sie waren nicht in der Lage, dafür ein Überlebenskonzept zu entwickeln,

(Beifall bei der SPD)

obwohl Sie, Herr Dr. Wiesheu – Sie haben sich, wie ich fürchte, das Video in Sulzbach-Rosenberg auch anschauen müssen –, und Herr Stoiber noch vor zwei Jahren den Stahlarbeitern der Maxhütte eine prächtige Zukunft versprochen haben. Sie haben dort im Mai 2000 versprochen, dass es mit der Maxhütte weitergeht. Sie haben einen neuen Ofen versprochen. Sie haben eine Sicherung der Arbeitsplätze versprochen. Nichts davon konnten Sie tatsächlich einhalten. Das ist schade. Es zeigt auch Ihre mangelnde Kompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich auf die bundespolitische Situation zu sprechen. Vergleichen wir doch einmal in aller Ruhe,

was 1998 war und was heute ist. In aller Ruhe: 1998 hatten wir in Deutschland 37,6 Millionen sozialversicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Heute haben wir 38,7 Millionen. Es wurde eine Million Arbeitsplätze mehr in dreieinhalb Jahren durch unsere Bundesregierung geschaffen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Die Statistik wurde mit dem 630-DM-Gesetz frisiert! Sonst gar nichts!)

Sie haben sich vor dreieinhalb Jahren mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland, die es je gegeben hat, verabschiedet. Jetzt aber spucken Sie hier große Töne. Das ist doch unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Deutschland den größten Schuldenstand hinterlassen, den es je gegeben hat. Sie haben die höchste Steuer- und Abgabenquote hinterlassen, die es je in Deutschland gegeben hat.

(Zuruf von der CSU: Ist sie jetzt vielleicht niedriger?)

Jetzt stellen Sie sich hierher und wollen behaupten, es sei derzeit schlechter als zu Ihrer Zeit. Das Gegenteil ist doch wahr.

(Beifall bei der SPD)

Damals, als Sie aufgehört haben – vielleicht denken Sie einmal darüber nach, warum Sie der Wähler in die Wüste geschickt hat –, gab es 4,3 Millionen Arbeitslose. Heute sind es 300 000 weniger. Wir haben heute weniger Arbeitslosigkeit als am Ende Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie einmal gut zu: Damals waren 194 000 Schwerbehinderte in Deutschland arbeitslos. Heute sind es nur noch 170 000; das sind immer noch viel zu viele, aber immer noch weniger als bei Ihnen. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ohne Zweifel ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt unbefriedigend. Wer würde das bestreiten? – Natürlich ist es richtig, dass der Bundeskanzler sein Vorhaben, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen im Jahresschnitt zu senken, nicht verwirklichen konnte. Das stimmt.

(Dr. Bernhard (CSU): Sonst will er abtreten, hat er gesagt! Warum tritt er denn nicht ab?)

Im Vergleich zu dem gebrochenen Versprechen Ihres Ministerpräsidenten ist das aber gar nichts, Herr Huber. Ihr Ministerpräsident hat 1996 im bayerischen Beschäftigungspakt seine Absicht bekundet, die Arbeitslosigkeit in Bayern bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Er hat sie nicht nur nicht halbiert, sondern er hat sie erhöht. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind um Lichtjahre von dem gesetzten Ziel entfernt. Während sich Schröder – leider – nur getäuscht hat und sein Ziel nicht erreichen konnte – das räumen wir gerne ein –, haben Sie sich durch arbeitsmarktpolitische Fantastereien unmöglich gemacht.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge der Hartz-Kommission gehen nach unserer Auffassung in die richtige Richtung. Sie sind ein guter Ansatz. Warum? – Weil sie der richtigen Philosophie folgen. Die richtige Philosophie ist diese: Wir finanzieren lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die richtige Antwort. Ich bitte darum, solche Vorschläge erst ernsthaft zu prüfen und darauf zu schauen, wo sich sinnvolle Ansätze bieten, statt alles, was auf dem Tisch liegt, jetzt schon zu zerreden.

Die größte Gefahr, die im Augenblick für Aufschwung und Stabilität zu erkennen ist,

(Zuruf von der CSU: Ist Rot-Grün!)

ist das Wahlprogramm Ihres Kanzlerkandidaten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum? – Weil er Milliarden verspricht, Milliarden zusätzlich für die Bundeswehr, Milliarden zusätzlich für den Straßenbau, selbstverständlich Milliarden zusätzlich für den Osten, Milliarden für die Familien und Milliarden für den Mittelstand. Alles in allem sind es vielleicht 10 oder 15 Milliarden DM. Sie wollen gleichzeitig – Sie versprechen dies – die Steuern senken, und zwar mehr noch, als wir es ohnehin schon getan haben. Das ist das Problem. Sie wollen mehr ausgeben und weniger einnehmen und aus der Differenz die Schulden bezahlen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik. Ich fürchte, bei einem Pisa-Test über mathematische Grundkenntnisse der Ministerpräsidenten hätten Sie gute Chancen auf einen schlechten Platz.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss muss man sich noch einmal vor Augen führen, welche Rahmenbedingungen im Augenblick vorherrschen. Zunächst sind nach wie vor drückende Schulden als Erblast der Regierung Kohl/Waigel zu nennen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Natürlich! Das werden Sie doch nicht bestreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Sozialversicherungen zu stabilisieren, weil Sie die Beiträge in die Höhe getrieben haben. Die überfällige Steuerreform haben wir verwirklicht. Das Nachholen öffentlicher Investitionen insbesondere im Bereich von Wissenschaft und

Forschung haben wir ebenfalls erledigt. Schließlich ist noch die Einhaltung der Maastrichter Stabilitätskriterien zu nennen.

(Dr. Bernhard (CSU): Vorsicht! Vorsicht!)

Unter diesen Rahmenbedingungen, die es zu erfüllen gilt, war unsere Politik erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eines ist klar: Die Politik, die Stoiber verspricht, kann sich Deutschland nicht leisten, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Dass der Ministerpräsident heute leider wieder nicht an der Debatte teilnimmt und schwänzt – sein Arbeitsplatz ist leer –, ist bezeichnend.

(Dr. Bernhard (CSU): Für Ihre Kleinkariertheit!)

Präsident Böhm: Herr Kollege Maget, Ihre Redezeit ist schon eine Weile abgelaufen.

Maget (SPD): Ich komme zu meinem letzten Satz. Wir können seine Anwesenheit aber verschmerzen; denn es gibt die Gewissheit, dass er am 22. September als Ministerpräsident wieder unter uns sein wird, und wenn auch nur für ein einziges weiteres Jahr.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Herr Ministerpräsident für heute entschuldigt ist. Er ist, wie auch den Zeitungen zu entnehmen war, in Frankreich.

Als nächste Rednerin hat Frau Stahl das Wort. Bitte, Frau Kollegin Stahl.

Frau Christine Stahl (Bündnis 90 /DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! In einem erneuten Anlauf versucht die CSU alte Vorschläge als Heilmittel zu verkaufen, deren Verfallsdatum bereits zu Kohls Zeiten ablaufen war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CSU will uns glauben machen, indem sie das Wort Arbeit heute in den Titel der Aktuellen Stunde platziert, dass die Arzneimittelliste, die sie uns damit vorgelegt hat, tatsächlich etwas zur Genesung des Arbeitsmarktes beitragen könnte. Aber es handelt sich um brüchige Prothesen, um Prothesen, die den Erwerbslosen in ihrer schwierigen Situation keine Erleichterung bringen werden.

Die Vorschläge der CSU – glauben Sie mir, ich habe mir die Papiere angeschaut – sind voll vom Kandidaten Stoiber und von Herrn Späth abgeschrieben. Vorgestellt wurde das Ganze ja schon am 12. Juli. Deswegen nehme ich auch an, dass die Staatskanzlei dieses Papier verfasst hat und nicht Sie. Es ist in Teilen überholt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einseitig an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, voll guten Glaubens an die Selbstheilungskräfte des Marktes, wie wir das von Ihnen kennen, und letztlich – für uns sehr wichtig – unsozial, ist ein unsoziales Papier.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Finanzierungsvorschläge sind Luftbuchungen und nicht vereinbar mit dem Ziel, auf Bundes- oder Landesebene ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Schuldentilgung – das muss ich auch heute wieder feststellen – ist ein Fremdwort, das schon Herr Waigel nicht buchstabieren konnte und das Sie ebenfalls nicht buchstabieren können.

Bestehende Förderprogramme werden als neu verkauft, bereits bestehende rechtliche Möglichkeiten als Novum gepriesen. Sie vergessen aber, eine ganze Reihe von Maßnahmen zu erwähnen – wahrscheinlich verschweigen Sie sie ganz bewusst –, die dazu beigetragen haben, dass eben alles nicht so aussieht, wie sie es darzustellen versuchen. Ich nenne zum Beispiel den Solidarpakt II, bis 2020 mit 156 Milliarden € für den Aufbau Ost ausgestattet, oder die Tatsache, dass die mittelständische Wirtschaft durch die Steuerreform in Höhe von 16 Milliarden € entlastet worden ist,

(Dr. Bernhard (CSU): Und die Ökosteuer!)

oder Forschungsprogramme – das ist auch besonders witzig –, die schon laufen, die schon verabschiedet wurden und bei Ihnen im Programm zu finden sind. Die Liste der rot-grünen Erleichterungen ist sehr lang, Sie aber gehen in keiner Weise auf die vorhandenen Möglichkeiten ein.

Die Erwerbs- und Arbeitslosen fragen zu Recht, wo denn eigentlich ihre Rechte und ihre Chancen sind. Für sie haben wir mit unserem Antrag schon Wege aufgezeigt.

(Zuruf von der CSU: Toll!)

– Ja, das finde ich auch toll. – Wenn es nach dem Kandidaten und nach der CSU geht, schlagen Sie, statt sich um die Arbeitslosen zu kümmern, statt einmal zu sagen, wie man diese Menschen bei dem Wandel, den der Arbeitsmarkt erlebt, unterstützen kann, Änderungen beim Scheinselbstständigengesetz – wir haben es heute gehört – und beim Betriebsverfassungsgesetz vor, und Sie stimmen gegen Tariftreue und Korruptionsbekämpfung, beides wichtige Standortfaktoren.

In den am Freitag vorgestellten sieben Initiativen ist nur an einer einzigen Stelle von Arbeitslosen die Rede. In der Agenturmeldung dazu wird dann auch sehr deutlich, was Sie mit den Worten „Arbeitslose fördern“ meinen. Da kommt gleich noch eines drauf, nämlich die Zumutbarkeitsregeln verschärfen und die Beweislast umkehren.

(Dr. Bernhard (CSU): Sie kürzen ja die Arbeitslosenunterstützung!)

– Nein. Wir können gerne über die Pauschalierungsgeschichten sprechen. Sie wissen auch ganz genau, dass das völlig andere Auswirkungen hat als die, die Sie uns hier glauben machen wollen.

Stattdessen verschärfen Sie – das möchte ich betonen – den Wettbewerb um Arbeitsplätze. Sie tun das zum Beispiel, indem Sie die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen erweitern wollen.

Von den Arbeitsämtern werden 315000 Vermittlungsschecks ausgegeben. Es gibt einen Vermittler für 600 Erwerbslose. Zu all diesen Punkten äußern Sie sich wenig. Es gibt nur einige wenige dürre Aussagen zur Reform der Arbeitsverwaltung.

Dennoch sind wir ganz froh, dass der Kandidat Stoiber und sein Schattenminister – das klang im Radio so schön: „Schattenwirtschaftsminister“! – diese Texte vorgelegt haben; denn wir können daran sehr deutlich ablesen, wie Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind. Darüber kann man ja dann gerne diskutieren. Aber mit dem Arbeitsmarkt hat das nur am Rande zu tun.

Ich frage mich natürlich auch, ob die Vorschläge, die Sie heute vorgelegt haben, tatsächlich nächste Woche noch Bestand haben werden. Sie mögen zwar von Herrn Stoiber und Herrn Späth abgeschrieben sein, aber sind sie auch mit den CDU-Vorstellungen kompatibel? Wir haben ja auch erlebt, dass sich gerade in den Sitzungspausen die Hinterbänkler sehr schnell zu Wort melden. Ich frage mich auch, ob Sie das mit Frau Reiche abgesprochen haben. Sie hat ganz andere Vorstellungen davon, was berufstätige Frauen hier können und dürfen sollen.

Schließlich frage ich mich: Haben Sie die ganze Chose eigentlich einmal von Herrn Waigel gegenrechnen lassen? Er hat ein paar sehr interessante Ausführungen dazu gemacht, was er von Ihren Vorschlägen hält.

Wir wissen nicht, wie Herr Stoiber seine Vorschläge finanzieren will. Wir hören zwar, dass das etwa 10 Milliarden kosten wird, aber die Finanzierungsvorschläge halten sich da schon in Grenzen. Wir müssen feststellen, dass Herr Stoiber hier die Notwendigkeiten für den ausgeglichenen Bundeshaushalt völlig verkennt. Wir fragen uns schon, wie Sie sämtliche, auch in Ihrem Antrag vorgesehene Wohltaten finanzieren wollen, nachdem Sie uns auf der Bundesebene einen Schuldenberg von 745 Milliarden € hinterlassen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der Landesebene – diesbezüglich sind wir uns einig – sieht es wegen der Steuerausfälle auch nicht besser aus. Darüber werden wir bei den Haushaltsberatungen im Herbst noch sprechen müssen; denn 650 Millionen € Steuerausfälle aufzufangen, ist weiß Gott nicht einfach. Wie wir den Medien entnehmen konnten, haben die Verteilungskämpfe in den Ministerien schon begonnen.

Machen Sie uns bitte nichts vor! Wir gingen letztes Jahr mit unseren Vorschlägen zum Arbeitsmarkt in die Offensive. Rot-Grün ging mit den Vorschlägen aus der Hartz-Kommission in die Offensive. Sie sind in die Defensive

geraten, und deswegen müssen wir uns heute in dieser Aktuellen Stunde mit diesem Thema auseinander setzen. Deswegen musste der Kandidat vor der Sommerpause noch einmal in die Bütt, um zu zeigen: Hallo, wir haben auch ein paar Vorschläge! – Sie verabschieden sich mit diesen Vorschlägen aber ganz klar von der sozialen Komponente.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

– Ja, das tun Sie. Sie verabschieden sich von der sozialen Komponente.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur raten, so wie es Ihnen die katholische Kirche geraten hat, das „C“ aus dem Parteikürzel zu streichen. Machen Sie es in einem Aufwasch und streichen auch gleich das „S“; dann ersparen Sie sich zusätzliche Arbeit; denn diese Abkürzung trifft schon lange nicht mehr zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Herr Stoiber Kanzler für alle Deutschen werden will – und für irgendetwas müssen sich ja diese Verrenkungen in der Berliner Disco auch rechnen –,

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

ist es letztlich auch egal, ob die bayerische Restunion das „S“ noch drin hat oder ob sie dann von der Nordunion wegen des „S“ nicht mehr zu unterscheiden ist.

(Dr. Bernhard (CSU): Sie haben Sorgen! – Weitere Zurufe von der CSU)

Wir wollen mit unserem Entschließungsantrag deutlich machen, dass Arbeitsmarktpolitik mehr ist als die ausschließliche Beförderung wirtschaftlicher Interessen. Wir brauchen eine Reihe von Instrumenten. Ich nenne in der Kürze der Zeit nur drei Beispiele.

Erstens haben wir – das sagt auch der Bundesverband Erneuerbare Energien – einen weltweit einmaligen Wachstumssprung in der Branche Windenergie, Biomasse und Fotovoltaik. Hier werden 8 Milliarden € umgesetzt, und es sind 120 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Insoweit treffen wir uns. Wir brauchen tatsächlich neue Arbeitsplätze. Es reicht nicht, die alten umzuverteilen. Aber dafür muss man auch etwas tun. Unsere Anträge gerade zu dieser ideologischen Modernisierung sind von Ihnen im Landtag immer wieder abgelehnt worden.

Das zweite Beispiel: Zuwanderung. Sie argumentieren immer, Zuwanderung koste den Deutschen die Arbeitsplätze. Ich nenne Ihnen nur eine Zahl: 280 000 Selbstständige – von Ihnen leider immer noch Ausländer genannt – gewinnen als Wirtschaftsfaktor an Bedeutung. So gelingt es allein den 55 000 türkischen Unternehmen, 293 000 Menschen in Lohn und Arbeit zu bringen. Wir

rechnen außerdem bis 2010 mit 650 000 MitarbeiterInnen.

Das dritte und letzte Beispiel: Ganz wichtig ist uns der Erhalt und der Zuwachs von Arbeitsplätzen bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Dafür brauchen wir das Tariftreuegesetz; denn es stärkt und schützt die kleinen und mittleren regionalen Unternehmen, und bringt einen Zuwachs an Arbeitsplätzen vor Ort.

Es ist eben anders, als Sie sagen: Es schützt die kleinen und mittleren Betriebe im Wettbewerb mit den Großen.

Wir werden sehen, wie Sie über unser Mittelstandsförderungsgesetz abstimmen werden; denn ich glaube schon, dass Sie – so wie beim Dosenpfand – letztendlich auch nur die Großen bedienen wollen.

Der Beschäftigungspakt, vom Ministerpräsidenten unterschrieben, hat von einer Halbierung der Arbeitslosenzahlen gesprochen; tatsächlich haben wir eine Steigerung: Die Zahl der Erwerbslosen ist auf 360 000 gestiegen. Bringen Sie Reden und Handeln zusammen! Bleiben Sie bei den Realitäten! Damit tun Sie mehr für unser Land als mit Ihren Luftnummern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Böhm: Herr Kollege Kobler ist der nächste Redner. Bitte, Herr Kollege.

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maget, Sie haben mich heute wirklich enttäuscht.

(Widerspruch bei der SPD)

Außer einigen Rundumschlägen und Verdächtigungen ist eigentlich nichts an Perspektiven gekommen, wie Sie tatsächlich aus diesem Tief der Arbeitsmarktsituation herauskommen wollen.

(Zurufe von der CSU)

Ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie zu den damaligen Anzeigen des Kanzlerkandidaten Schröder aus dem Jahre 1998 einige Aussagen getroffen hätten, als es geheißen hat, er sei es nicht wert, als Kanzler gewählt zu werden, wenn er nicht die 3,5-Millionengrenze bei der Arbeitslosigkeit unterschreite. Es hieß damals auch – wunderbar –: Mehr Arbeitsplätze durch eine konzentrierte Aktion für Arbeit. „Wir halten das, was wir versprechen.“ Hierzu kann man nur sagen: versprochen und gebrochen!

(Beifall bei der CSU)

Sie sind dem leider aus dem Weg gegangen. Frau Kollegin Stahl, zu Ihren Vorschlägen kann ich nur sagen: Damit gehen Sie dem sicheren arbeitsmarktpolitischen Crash entgegen. Es sind alte Ladenhüter, die Sie hier immer wieder anbieten.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Durch Anwendung alternativer Energien und möglicherweise mit Zuwanderung das Heer der Arbeitslosen abzubauen –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

diese Rechnung geht wirklich nicht auf.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Also das ist ziemlich viel Bluff gewesen, was Sie heute hier geboten haben.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie sich die Zahlen in Deutschland an!)

Seit dem Jahr 1962 liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahr 2001 erstmals über dem EU-Schnitt, werte Kolleginnen und Kollegen. Das heißt, rund 40 Jahre hat es diese Situation in diesem Land, in dieser Bundesrepublik nicht gegeben.

Die Jubelschlagzeilen, derer sich der Medienkanzler Schröder über längere Zeit erfreuen konnte, sind verschwunden, gerade in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht. Es heißt hier: „Bundesregierung ist an eigenen Zielen gescheitert“; „Das Ende der Ausreden“; „Die Jobbilanz des Kanzlers ist dürtig“; „Der Kanzler verfehlt das Ziel“. So geht es reihenweise weiter, und ich meine, es sind nicht unbedingt Parteiorgane der CSU oder der CDU, die diese Berichte schreiben.

Würde man – da wir derzeit am Schuljahresende stehen – ein Urteil fällen, wie es in der Schule zum Schuljahresabschluss der Fall ist, dann wäre das Urteil, das Votum über diese rot-grüne Bundesregierung bzw. über den Kanzler selber: Verbleiben im Kanzleramt unmöglich – untragbar!

(Beifall bei der CSU)

Rot-Grün hat das zentrale Ziel, die hohe Arbeitslosigkeit zu senken, verfehlt, obwohl jährlich rund 180 000 ältere Menschen mehr aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, als jüngere nachrücken – die bekannte demographische Entwicklung. Die Zahl von 3,9 Millionen Arbeitslose Ende des Monats Juni zeigt, was die deutsche Bevölkerung von Schröders Politik mit seinen ständigen Beshwörungen und Schönmalereien zu erwarten hat.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Im Juni gab es bundesweit über 3,9 Millionen Arbeitslose, also 260 000 mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Dabei bleibt es nicht, werte Kolleginnen und Kollegen:

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Aber weniger als 1998!)

Zu dieser Zahl an arbeitslos gemeldeten Menschen kommen noch 986 767 Arbeitsuchende, womit die Bilanz Schröders offiziell auf 4,9 Millionen Arbeitslose bzw. Arbeitsuchende ausgeweitet wird. Auch darüber muss man sprechen: wer nicht Leistungsempfänger ist, aber arbeiten will und in dieser Bilanz eben nicht auftaucht, weil er kein Leistungsempfänger ist.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie war es bei Kohl?)

Natürlich gehen die Wirkungen der rot-grünen Politik an Bayern nicht spurlos vorüber, Herr Kollege Maget.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist ganz klar, dass die falschen Rahmenbedingungen sich auch hier niederschlagen. Aber ich sage Ihnen: Tatsache ist auch, dass der bayerische Arbeitsmarkt wesentlich besser dasteht als der in anderen Bundesländern; wir liegen dicht hinter Baden-Württemberg. Selbstverständlich schlagen auch hier die Rahmenbedingungen durch: Bürokratiemonster wie das 325-Euro-Gesetz, das neue Betriebsverfassungsgesetz, der generelle Anspruch auf Teilzeit usw. Es ist eine ganze Palette. Die Wachstumskräfte sind durch Ihre Maßnahmen im Keim erstickt worden.

Tatsache ist auch – das müssen Sie ebenfalls zur Kenntnis nehmen, wenn Sie Bayern schlechtreden wollen –: Bremen hat eine Arbeitslosigkeit von 12,5% gegenüber Bayern mit 5,5%, also eine um 120% höhere Arbeitslosigkeit. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen mit 9% Arbeitslosigkeit hochgerechnet 80% höher. Im Schnitt der alten Bundesländer ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls um 85% höher, als die bayerischen Zahlen ausweisen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Tatsache ist ferner, dass wir den Arbeitslosen doppelt so viele offene Stellen in der Relation anbieten können, wie das auf Bundesebene der Fall ist.

Ihre Programme haben zu nichts geführt. Ich würde Sie bitten, den Vorstellungen, wie sie in unserem Entschließungsantrag bzw. im Dringlichkeitsantrag zur Entriegelung des Arbeitsmarktes angesprochen sind, zuzustimmen, damit die in Arbeitslosigkeit befindlichen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Mitbürgerinnen und Mitbürger wieder Hoffnung schöpfen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächsten Redner bitte ich Herrn Kollegen Dr. Kaiser ans Rednerpult.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Redebeiträgen von Herrn Dr. Bernhard und Herrn Kollegen Kobler ist überdeutlich geworden: Sinn und Zweck der von der CSU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde ist einzig und allein, den Wirt-

schaftsstandort Deutschland und die Konjunktur mies zu machen, schlecht zu reden und schwarz zu malen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernhard (CSU): Die sind schlecht!)

In der Sache scheint Ihnen das Thema nicht so wichtig zu sein; sonst kann ich mir nicht erklären, weshalb der Kanzlerkandidat, der Ministerpräsident, sowohl im Bundestag bei der Debatte um den Arbeitsmarkt fehlte als auch hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Er hätte heute anwesend sein müssen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Herren Vorredner, Ihre miesmacherischen Aussagen werden regelmäßig – über kurz oder lang – von der Realität widerlegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard (CSU))

Lassen Sie mich dies an sieben Beispielen zeigen.

Erstes Beispiel: der Euro. Herr Kollege Bernhard, Ihnen ist zum Euro nichts weiter eingefallen, als vor einer Erschwernis der Exporte zu warnen. Monatelang haben Sie den Euro als „Weichwährung“ diskreditiert. Nach 28 Monaten haben wir erstmals – nämlich seit gestern – wieder Parität zum Dollar.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard (CSU))

Dies ist ein Zeichen der Stärke der europäischen Wirtschaft und nicht ein Zeichen ihrer Schwäche.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Diese Stärke des Euro gibt der Notenbank Spielraum für geldpolitische Maßnahmen,

(Zuruf von der CSU)

damit die Zinsen niedrig bleiben oder noch weiter abgesenkt werden können. Dies bedeutet: mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze. Das ist eine Politik für Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweites Beispiel: die Inflationsrate. Im vergangenen Monat, im Juni 2002, hat die Preissteigerungsrate mit 0,8% einen historischen Tiefstand erreicht. Ihre Teuro-Diskussion schwächt die Binnennachfrage und kostet Arbeitsplätze. Das ist keine Politik für mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittes Beispiel: Herr Kollege Dr. Bernhard, hören Sie doch bitte auf mit Ihren Schreckensszenarien, was den Mittelstand angeht!

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard (CSU))

Bei Ihren großen Untergangsszenarien, die Sie vorhin wieder entworfen haben, haben Sie Basel II nicht erwähnt, den großen Verhandlungserfolg der deutschen Delegation im Baseler Bankenausschuss. Der Mittelstand bekommt, wenn Basel II in Kraft tritt, leichter Kredite, als es heute der Fall ist. Das sollten Sie würdigen. Das ist eine Politik für mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Maget (SPD): Richtig!)

Viertes Beispiel: Gewerkschaften und die Lohnrunde. Sie haben an den Gewerkschaften Kritik geübt wegen ihrer Lohnforderungen in der diesjährigen Tarifrunde. Gott sei Dank haben wir kräftige Lohnerhöhungen bekommen. Diese Lohnerhöhungen stärken die Binnen-nachfrage, die Binnenkonjunktur, die ohnehin zu schwach ist. Das ist eine Politik für mehr Arbeitsplätze.

Fünftes Beispiel. Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik ist das Markenzeichen der rot-grünen Bundesregierung.

(Lachen bei der CSU)

Wir haben die Nettokreditaufnahme allmählich zurückgefahren. Sie haben uns den Schuldenberg von 1500 Milliarden DM hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt schlagen Sie eine Steuerpolitik vor, die unfinanzierbar ist, die uns in den finanziellen Ruin treiben wird. Allein das Dreimal-vierzig-Programm kostet 170 Milliarden €. Wie wollen Sie dies finanzieren? – In Ihrem Antrag haben Sie dazu keinerlei Vorschläge vorgelegt.

Sechstes Beispiel: die Arbeitsmarktpolitik. Der designierte Superminister Lothar Späth hat die Vorschläge der Hartz-Kommission begrüßt, er hat sie für richtig gehalten. Der Kanzlerkandidat hat sie abgelehnt. Schaffen Sie einmal Ordnung bei sich selbst, bevor Sie innovative, zielgerichtete Vorschläge der Bundesregierung ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Siebtes Beispiel: die Unternehmensinsolvenzen, die Kollege Maget schon angesprochen hat. Laden Sie das Problem der Insolvenzen nicht auf die Bundesregierung ab. Die bayerischen Insolvenzen, insbesondere die Großinsolvenzen, sind hausgemacht, zum Beispiel Kirch. Der Medienstandort München hat durch diese Insolvenz einen schweren Rückschlag erlitten. Sie haben sie mit der maßlosen Kreditpolitik, die betrieben worden ist, mit verursacht.

(Beifall bei der SPD)

Neben Fairchild Dornier und Maxhütte gibt es noch weitere Beispiele, die man anführen könnte.

Wir werden Ihrem umfangreichen Antrag, den Sie vorgelegt haben, nicht zustimmen – das können Sie wohl nicht erwarten, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der CSU – Abg. Kobler (CSU): Das trifft uns hart!)

– Sie haben sechzehn Jahre lang Zeit zum Abarbeiten gehabt, haben aber versagt.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Satz, Herr Präsident: Wenn Sie wirklich etwas für Deutschland, für den Wirtschaftsstandort, für den Arbeitsmarkt tun wollen, sollten die Staatsregierung und der Kandidat seine Hausaufgaben in Bayern machen. Das ist der beste Dienst, den er für Deutschland leisten kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Jetzt hat Frau Staatsministerin Stewens das Wort.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der festen Überzeugung, Herr Kollege Maget, Herr Kollege Kaiser und Frau Kollegin Stahl, dass die Staatsregierung ausgesprochen gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Zusammen mit Baden-Württemberg liegen wir mit 0,9% an der Spitze des Wirtschaftswachstums. Der Bund kann von solchen Zahlen nur träumen. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind in Bayern um 1,5% gestiegen. Damit liegen wir an der Spitze der westlichen Länder. In Baden-Württemberg beträgt die Zahl 1,3%.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Also eine gute Wirtschaftspolitik im Bund!)

Nach Baden-Württemberg hat Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote – im Juni 2002 betrug sie 5,5%, während sie in Deutschland bei 9,5% lag. Im Jahresdurchschnitt 2001 betrug sie in Bayern 5,3%. Wir haben nach Baden-Württemberg auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit bei Jugendlichen im Alter bis zu 25 Jahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine schon, Sie sollten dies einmal zur Kenntnis nehmen – und das trotz einer hohen Einwanderungsquote in Bayern, Herr Kollege Maget; dies ist zu sehen gerade vor dem Hintergrund der Zuwanderungsdiskussion. Im Jahr 2001 hatten wir nämlich einen Zuwachs von 95 000 Menschen. Dabei handelt es sich um innerdeutsche Zuwanderungs- und Einwanderungsbewegungen. Die Steigerung beträgt insgesamt 18,7%. Wissen Sie, warum diese Menschen so gerne nach Bayern kommen? – Daran werden die wirtschaftlichen Unterschiede

zwischen Bayern und den anderen Ländern deutlich. Deswegen ist die Offensive Ost so notwendig, wie sie vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber vorgeschlagen worden ist.

(Zuruf von der SPD: So heißt er!)

Übrigens sind wir bei der Zuwanderung mit 95 000 Menschen absolut und relativ an der Spitze. Die bayerischen Zahlen sind die höchsten, auch im Vergleich mit Baden-Württemberg. Dort sind lediglich 23 000 Menschen zugewandert. Sie sollten sich auch einmal fragen, warum die Menschen denn alle so gern nach Bayern kommen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie meine Zahlen zur Zuwanderung nicht gehört?)

– Ich habe Ihre Zahlen sehr genau gehört. Ich frage angesichts Ihrer Zahlen des Öfteren nach Ihrer Logik. Diese vermisse ich leider Gottes.

Lassen Sie mich auch noch auf den Beschäftigungspakt eingehen, der in Bayern seit 1996 existiert.

(Frau Biedefeld (SPD): Existiert hat!)

Im Beschäftigungspakt Bayern haben wir zirka 265 000 Arbeitsplätze gesichert und 93 000 Arbeitsplätze geschaffen.

(Zuruf des Abg. Wahnschaffe (SPD))

Über den Arbeitsmarkt-Fonds sind Mittel in Höhe von 64 Millionen € in 255 Projekte geflossen. Es ist uns gelungen, 5000 schwer vermittelbare Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren – gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung lautet hier das Stichwort.

(Zuruf des Abg. Wahnschaffe (SPD))

– Ich glaube schon, dass Sie diese Zahlen zum Beschäftigungspakt ungern hören. Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben zuerst auf die Halbierung der Arbeitslosenzahlen hingewiesen. Dieses ist ein Ziel, das sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften in Bayern im Beschäftigungspakt gemeinsam gegeben haben.

(Maget (SPD): Das ist falsch! Das wissen Sie!)

– Sie haben es sich gemeinsam gegeben.

Bis zu diesem Ziel haben wir schon eine gute Wegstrecke zurückgelegt – das ist gar keine Frage. Wir müssen aber auch sehen: Auch wenn für viele Menschen, wie gerade die innerdeutsche Wanderung zeigt, Bayern offensichtlich ein bisschen als das gelobte Land gilt, leben wir doch in Bayern nicht auf einer Insel der Seligen. Wir können uns den Rahmenbedingungen, die uns der Bund setzt, leider Gottes nicht entziehen, und wir leiden natürlich auch in Bayern unter den krassen Fehlentscheidungen in Berlin.

Ich nenne stichwortartig: Rote Laterne beim Wirtschaftswachstum in Europa. Unter Rot-Grün sind wir beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz zurückgefallen. Hierzu vielleicht ein schönes Zitat des ehemaligen SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt: Die Arbeitslosigkeit hat nichts mit der Globalisierung zu tun – das ist immer die Ausrede von Bundeskanzler Schröder –, sie ist vollständig hausgemacht; so nachzulesen in der „FAZ“ vom 9. Juni dieses Jahres.

(Zuruf von der SPD)

Auch in diesem Jahr ist ein Wirtschaftswachstum von deutlich unter 1% zu erwarten. Wir wissen, dass zusätzliche Arbeitsplätze erst ab einem Wirtschaftswachstum von 2,5% entstehen werden. Auch bei den Insolvenzen ist ein Rekordniveau zu erwarten.

(Frau Biedefeld (SPD): In Bayern!)

Die Lage am Arbeitsmarkt ist so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. Wir haben derzeit die höchste saisonbereinigte Arbeitslosenzahl seit Dezember 1999 mit insgesamt fast 6 Millionen Menschen.

(Frau Biedefeld (SPD): Den höchsten Zuwachs in Bayern!)

Das heißt: In Deutschland fehlen 6 Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Im Juni 2002 hatten wir den höchsten Juni-Wert seit 1998. Das heißt: Bundeskanzler Schröder hat in den vier Jahren eigentlich gar nichts erreicht – außer großen Sprüchen ist nichts gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Der Stopp des Abwärtstrends ist ihm keineswegs gelungen. Verantwortung für die desaströse Lage am Arbeitsmarkt trägt die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer in den letzten vier Jahren verfehlten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Am Arbeitsmarkt ist es nicht gelungen, überhaupt nur ansatzweise positive Impulse für Beschäftigung zu geben. Ich denke daran, dass moderate Reformen der Vorgängerregierung zurückgedreht worden sind. Ich denke zum Beispiel an die Wahnsinnsbürokratie bei den geringfügig Beschäftigten, bei den 325-Euro-Beschäftigungsverhältnissen. Unterhalten Sie sich einmal mit Vertretern der Wirtschaft. Ich denke an den Rechtsanspruch auf Teilzeit, an das Gesetz hinsichtlich der Scheinselbstständigkeit und an die Belastungen durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die auf die kleinen Handwerksbetriebe und den Mittelstand zugekommen sind. Dies war eine Serie von verheerenden Fehlentscheidungen,

(Beifall bei der CSU)

die den Arbeitsmarkt für Arbeitsuchende letztendlich weiter verschlechtert haben. Die bürokratischen Überreglementierungen und die Einstellungshemmnisse haben den Arbeitsmarkt verriegelt.

Jetzt komme ich zu den von Ihnen hochgepriesenen Hartz-Vorschlägen.

Zugegebenermaßen – ich habe das immer gesagt –, gibt es einige gute Vorschläge. Ich frage mich aber, warum die bislang von der rot-grünen Bundesratsmehrheit abgelehnt worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Hartz ist nach meiner Auffassung der 15. SPD-Nothelfer. Das liest sich aber wie das große Sündenregister von Rot-Grün. Ich nenne einige Vorschläge der Hartz-Kommission:

Jobcenter als Anlaufstelle für alle Erwerbstätigen: Das haben wir im Bundesrat eingebracht und wurde von Rot-Grün am 26. April 2002 im Bundesrat abgelehnt.

Neudefinition der Zumutbarkeitsregelungen bei der Annahme der Jobs: eingebracht von Bayern und unterstützte Bundesratsinitiative,

(Frau Biedefeld (SPD): Warum nicht in 16 Jahren umgesetzt?)

abgelehnt am 19. 10. 2001 von Rot-Grün. Ich kann so weitermachen.

Erhöhung der Mobilität von Arbeitslosen: Ein solcher Vorschlag wurde von Bayern im Bundesrat eingebracht und im Bundesrat von Rot-Grün am 19. 10. 2001 abgelehnt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Hartz-Vorschläge sind also gut!)

– Hören Sie doch zu. Sie loben das alles und sagen, das wäre sozial ausgewogen. Dazu komme ich noch.

Liberalisierung der Zeitarbeit: Den Vorschlag haben wir im Bundesrat eingebracht; er wurde von Rot-Grün am 26. April 2002 abgelehnt.

Flächendeckende Einführung der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung: Dazu haben wir die unterschiedlichsten Vorschläge eingebracht, die vom Bundesrat am 19. 10. 2001 abgelehnt wurden.

Angleichung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe: Ein solcher Vorschlag wurde vom Bundesrat am 19. 10. 2001 abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Wenden Sie sich an die CDU!)

– Ja, Sie sollten ruhig mal ein bisschen differenzierter in die Sache einsteigen.

Selbstständigkeit fördern und Verlängerung der Bezugsdauer von Überbrückungsgeld: Wir haben dazu unterschiedliche Vorschläge im Bundesrat eingebracht, die am 19. 10. 2001 von Rot-Grün im Bundesrat abgelehnt wurden.

Aufhebung der Neuregelungen zur Scheinselbstständigkeit und zu den arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen: wurde vom Bundesrat am 17. 12. 1999 abgelehnt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel kann im Hartz-Papier gar nicht stehen! – Frau Steinger (SPD): Sagen Sie, was Sie gemacht haben!)

Es geht so weiter. Der Einstieg in den Niedriglohnbereich wurde im Bundesrat von Rot-Grün abgelehnt, und plötzlich ziehen Sie das heraus und meinen, das wären Supervorschläge.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Mensch hat über die Hartz-Kommission geredet!)

Ich möchte Ihnen eines dazu sagen: Es gibt Vieles, was wir am Hartz-Papier abzulehnen haben. Das betrifft insbesondere die Personalserviceagenturen. Die Vorschläge bedeuten die Verstaatlichung der Arbeitslosigkeit. Ihr Vorschlag, das Arbeitslosengeld zu kürzen, läuft darauf hinaus, dass die Arbeitslosen das ungekürzte Arbeitslosengeld nur noch sechs Monate bekommen, obwohl sie einen Rechtsanspruch darauf haben. Trotzdem reden Sie, Frau Kollegin Stahl und Herr Kollege Maget, von ausgewogenen Vorschlägen. Oder: Die über 55-Jährigen sollen vom Arbeitsmarkt ausgegliedert werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns das nicht leisten.

(Widerspruch bei der SPD – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie verwechseln etwas!)

Der Antrag der CSU-Fraktion enthält hervorragende Vorschläge. Darin ist der Weg aufgezeigt, den wir weiter gehen werden.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wie sollte es anders sein, das ist bodenlos!)

Präsident Böhm: Ich weise darauf hin, dass die CSU zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist angebracht!)

– Es wird namentlich abgestimmt, Herr Dr. Dürr, egal ob Sie Kommentare abgeben oder nicht. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Söder.

Dr. Söder (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steckt in einer schweren Krise. – Aber nicht, weil die Wirtschaft so schlecht wäre, sondern weil das Land von schlechten Politikern in Berlin regiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Das Schlimme ist, dass der Streit gar nicht um Maßnahmen geht, sondern heute haben wir das Ignorieren von Fakten erlebt. Herr Maget hat versucht, die Bilanz Deutschlands zu verändern, fast zu fälschen. In manchem Unternehmen in den USA gäbe es gute Beschäftigungsmöglichkeiten für solche Taschenspieler, wie sie uns heute vorgeführt worden sind.

Meine Damen und Herren, die Lage am Arbeitsmarkt ist schockierend und katastrophal. Erstmals seit 1993 ist die Arbeitslosigkeit im Juni gegenüber dem Vormonat angestiegen. Wir werden im Jahresdurchschnitt wieder über vier Millionen Arbeitslose haben. Vor vier Jahren ist jemand angetreten, der gesagt hat, es sei Zeit für den Aufschwung. Ich kann nur eines sagen: Diese Arbeitslosen sind die Arbeitslosen der Regierung Schröder, des Bundeskanzlers ganz persönlich.

(Beifall bei der CSU)

Es ist von Insolvenzen gesprochen worden. Es ist typisch für die SPD, dass versucht wird, eine einzelne herauszugreifen. Die 32300 Insolvenzen des letzten Jahres werden nicht erwähnt. Sie haben bislang mit keinem Wort den Mittelstand angesprochen. Nicht ohne Grund gab es vor einem Jahr in Bayern eine Demonstration der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, bei der es hieß: „Riester und Schröder, Mittelstandstöter“. Die von Ihnen beschlossenen Maßnahmen – 630-Mark-Gesetz, Scheinselbstständige, Teilzeit, Betriebsverfassungsgesetz und und und – ist eine Horrorliste für den gesamten Mittelstand gewesen.

(Zurufe von der SPD)

– Es ist schade, dass Sie das nicht interessiert. Sie werden am 22. September merken, dass auch diese Leute wählen dürfen. Sie werden Sie jedenfalls nicht wählen.

(Frau Hecht (SPD): Sie auch nicht!)

Sie schaffen es aber auch nicht einmal mehr, sich um die großen Firmen zu kümmern. Der „Genosse der Bosse“ hat versagt. Ob Holzmann, Babcock und vieles andere mehr: Das jüngste Schauspiel um die Telekom, meine Damen und Herren, ist der Ausweis absoluter wirtschaftspolitischer Unfähigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Hier wird auf dem Rücken der Kleinaktionäre ein Schauspiel betrieben, bei dem am Schluss jeder sagt, er sei nicht zuständig.

(Zurufe von der SPD)

So sieht Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz aus: Wenn etwas nicht funktioniert, sagt Herr Schröder, er könne nichts dafür, es seien Andere zuständig. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da ist Herr Stoiber besser, er ist nur für das Positive zuständig!)

– Ja, Ministerpräsident Dr. Stoiber ist in Bayern zuständig.

Wenn Sie in Berlin schlecht handeln, tun Sie Bayern weh. Es ist lächerlich zu glauben, dass Berlin und Bayern völlig unabhängig voneinander sind. Unter Ihrer Politik für Deutschland leidet Bayern. Oberfranken und das gesamte Franken leiden unter Ihrer miesen Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Die Schere zwischen West und Ost geht immer weiter auseinander. Hieß es früher noch „Chefsache Aufbau Ost“, kann man heute sagen „Chefsache Insolvenzverwalter“; denn die Arbeitslosigkeit im Osten ist die höchste seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Auch dafür tragen Sie – wir können das nicht ändern – die Verantwortung. Sie regieren in Berlin, Gott sei Dank nicht mehr lange.

Lange Zeit hieß es „Politik der ruhigen Hand“; im Moment ist es wohl eher eine „Politik der zittrigen Hand“. Sie hatten vier Jahre Zeit, etwas zu machen.

(Frau Hecht (SPD): Sie 16! – Zurufe von der SPD: 16, 16, 16!)

Sie haben aber nur Gutachten ohne Ende gemacht. Hätten Sie doch nur selbst etwas gearbeitet, selbst etwas getan! Sie haben aber vier Jahre lang

(Zurufe von der SPD: 16!)

nichts anderes getan, als Gutachten zu lesen. Die Quidung sind vier Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Jetzt soll es ein Wunderpapier geben, zu dem Ihr ehemaliger Kollege im Landtag, Schösser, ankündigt, er werde nicht alles mittragen, auch wenn er dann zur „Betonfraktion“ gehören wird. Das so genannte Wunderpapier empfiehlt die „Ich AG“. Das ist typisch für Herrn Schröder. Die „Ich AG“ passt zu ihm. Es soll ein Gutachten herauskommen mit dem einzigen Ergebnis des Vorschlags, wie Arbeitslose besser vermittelt werden. Das Hauptproblem aber wird nicht gelöst, nämlich wie wir die Menschen und die Familien endlich wieder in Lohn und Brot bringen. Darum drücken Sie sich nach wie vor.

Unser Programm dagegen „Offensive 2000 – Aufschwung für Arbeit“ ist ein ausgewogenes, gut strukturiertes Bündel an Maßnahmen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, mehr Investitionen zu erreichen. Es hat eine echte Chance auf Verwirklichung.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, dass Ihnen das weh tut. Herr Wahnschaffe, Sie sind ja ein großer Wahlsieger, wie wir das aus Regensburg wissen. Ihre Maßnahmen waren in Regensburg auch sehr erfolgreich. Ich weiß, dass das alles weh tut.

(Zuruf von der SPD: Ihre Rede tut wirklich weh!)

Die wirtschaftliche Realität wird den Medien-Kanzler einholen. Meine Damen und Herren, Sie haben vier Jahre Zeit gehabt zu regieren. Sie haben versagt. Am 22. September ist es vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Herr Dr. Scholz ist der nächste Redner.

Dr. Scholz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf neufränkisch gesagt: It is always a pleasure to speak after Mister Söder.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie haben die Fähigkeit, so schräge Formulierungen zu finden, dass Sie den einen oder anderen von uns damit sogar aufregen. Ich kenne Sie schon länger. Mich regen diese Formulierungen nicht mehr auf. Inhaltlich muss ich Ihnen sagen: Mit Ihrer Parteinahme für den Mittelstand liegen Sie daneben. Die Klagen des Mittelstandes zu den Themen Betriebsverfassungsgesetz, Teilzeitgesetz oder Scheinselbstständigkeit liegen in der hintersten Ecke. Diese Themen regen im Grunde keinen mehr auf, weil man gesehen hat, dass die drohenden Folgen, die von Verbandsfunktionären an die Wand gemalt wurden, nicht eingetreten sind.

(Beifall bei der SPD – Maget (SPD): Sehr richtig!)

Als die Bundesregierung im Jahre 1988 ihre Arbeit aufnahm, warteten fünf Herkulesaufgaben auf sie. Diese Herkulesaufgaben wurden in den 16 Jahren zuvor nicht bewältigt. Der Berg der Aufgaben wurde immer größer. Von diesen fünf Aufgaben sind mittlerweile drei erledigt. Zumindest wurde deren Lösung auf den Weg gebracht. Für die restlichen beiden Aufgaben sind die Weichen gestellt oder werden gestellt.

(Willi Müller (CSU): Was ist gelöst?)

Die Lösung dieser fünf Herkulesaufgaben ist die Voraussetzung dafür, dass es mit der Wirtschaft, den Arbeitsplätzen und dem Mittelstand wieder vorangehen kann. Ich nenne diese fünf Aufgaben:

Erstens. Die Steuerpolitik.

(Willi Müller (CSU): Das ist nicht gelöst!)

Zweitens. Die Rentenpolitik.

(Willi Müller (CSU): Das ist auch nicht gelöst!)

Drittens. Der Staatshaushalt.

(Willi Müller (CSU): Das ist auch nicht gelöst!)

Viertens. Die Krankenversicherung.

Fünftens. Die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung.

(Willi Müller (CSU): Kein einziges dieser Probleme ist gelöst! – Maget (SPD): Da müssen Sie gerade reden!)

Zu diesen fünf Aufgaben möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Mit der Steuerreform, die diese Regierung in Angriff genommen und gegen Ihren Widerstand durchgesetzt hat, ist ihr ein großes Werk gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Steuerreform ist ein Jahrhundertwerk.

(Dr. Bernhard (CSU): Das ist eine Katastrophe!)

Mit klaren Finanzierungsüberlegungen wird der Spitzensteuersatz von 53% auf 42% heruntergeschraubt. Der Eingangsteuersatz wird mit klaren Finanzierungsvorstellungen von 25% auf 15% heruntergeschraubt. Das ist ein gigantisches Werk. Dieses gigantische Werk nützt in erster Linie dem Mittelstand.

(Klinger (CSU): Bloß merkt es keiner!)

Zu Ihrem Einwand zur Kapitalertragsteuer, dass wir hier zu weit gegangen seien, sage ich Ihnen: Dafür waren auch die internationalen Verhältnisse ausschlaggebend. Für die Reformkraft und die Durchsetzungskraft dieser Regierung ist es ein deutlicher Beweis, dass es gelungen ist, eine solche Steuerreform umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Herkules-Block ist die Rentenreform. Diese Reform war sehr schwer durchzusetzen. An allen Ecken und Enden hat es geknistert. Das war auch bei der Steuerreform nicht anders. Mit einem privaten Anteil und einer staatlichen Förderung ist es gelungen, den Rentenversicherungsbeitrag bei 19,3% zu stabilisieren und bis weit in die Zukunft hinein zu vermeiden, Rentenbeiträge in Höhe von 25% oder 26% einzuführen. Dies wäre passiert, wenn weiterhin so geschludert worden wäre wie zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Sanierung des Staatshaushalts war ebenfalls eine Forderung, die drängend im Raum stand. Die Bundesregierung hat Jahr für Jahr gezeigt, dass sie willens und in der Lage ist, dies durchzusetzen. Sie hat es vermieden, mit den Milliarden der UMTS-Erlöse große Shows abzugeben. Sie ist mit diesem Geld vernünftig umgegangen. Richtig ist: Bei der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und in der gesamten Gesundheitspolitik sind weitere Reformen nötig. Die Ergebnisse der Hartz-Kommission in ihrer Gesamtheit sind für die Verbesserung der Arbeitslosenzahlen eine gute Grundlage. Frau Stewens, wir sollten nicht das eine wollen und das andere wegschieben. In der Gesamtheit wird ein Schuh daraus. Wenn es überhaupt eine Regierung schaffen sollte, eine solch weit reichende Reform durchzusetzen, ist es die Regierung Schröder. Diese Regierung ist ein Garant für das Anhalten der Reformfähigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Dr. Scholz, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Scholz (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, redet ihr mir nicht vom Mittelstand. Was in Bayern passiert, ist unter aller Kanone. Gerade bei der

Finanzierung des Mittelstandes fehlt es hier an allen Ecken und Enden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Zu den Anträgen wird ein anderer Kollege der SPD eine Erklärung abgeben. Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte zu einigen Zahlen und zu einigen Argumenten, die in dieser Debatte gebracht worden sind, Stellung nehmen. Einige Themen wurden sehr einseitig und in einem falschen Zusammenhang dargestellt. Herr Kollege Maget, Sie haben gesagt, dass wir 344 000 Arbeitslose hätten, also mehr als im Jahre 1993. Sie hätten hinzufügen müssen, dass Bayern das einzige Land ist, das im Vergleich zu 1993 Beschäftigung dazugewonnen und nicht verloren hat.

Sie haben den Beschäftigungspakt zitiert, wo die Partner gesagt haben, dass die Arbeitslosenzahl halbiert werden soll. Das ist nicht gelungen. Das ist richtig. Dabei wird jedoch zweierlei übersehen: Wir hatten seit 1993 in Bayern eine Zuwanderung von 370 000 Menschen. Wenn man davon ausgeht, dass davon nur jeder Dritte einen Arbeitsplatz bekommen oder gesucht hat, kommt man auf 125 000 Arbeitsplätze, die wir dazurechnen müssen. Wir können nicht auch noch die Probleme anderer Länder lösen. Gleichzeitig pendeln 99 000 Menschen aus den neuen Ländern nach Bayern. Wenn man die genannten 125 000 Beschäftigten und die genannten 99 000 Einpendler addiert, kommen wir auf 224 000 zusätzlich Beschäftigte. Wenn man diese Zahl von der damaligen Zahl abzieht, stellt man fest, dass Bayern den angestrebten Wert weit übererfüllt hat. Sie können uns nicht dafür verantwortlich machen, dass andere Länder ihre Probleme nicht so gelöst haben, wie sie sie eigentlich hätten lösen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Das Landesarbeitsamt in Nürnberg hat erklärt: „Die Beschäftigung in Bayern stieg bis Mitte 2001 im Vorjahresvergleich um 1,5%“. Woanders ist sie gesunken. Weiter heißt es:

Die Beschäftigung der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen stieg um 4,2%, absolut um 17 500. Die Einpendler haben im Jahre 2001 ein Rekordniveau mit 99 000 erreicht. Die Zahl der Einpendler ist im Vergleich zum Vorjahr um praktisch 19% gestiegen. Die ungünstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt und bei den Jugendlichen in Bayern ist nicht durch eine ungünstige Beschäftigungsentwicklung erklärbar. Vielmehr ist hier die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots als ursächlich zu sehen.

Das sagt das Landesarbeitsamt. Sie sollten es in diesem Zusammenhang zitieren. Noch einmal: 370 000 Menschen sind zugewandert. Wir haben 99 000 Einpendler. Das bedeutet schlicht und einfach, dass die Menschen aus den rot-grün-regierten Ländern davonlaufen und

nach Bayern kommen, weil sie sich die Hoffnung machen, hier zu einer guten Beschäftigung zu kommen.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wie erklären Sie sich den Bevölkerungsrückgang in Oberfranken?)

– Herr Kollege Maget, wir haben doch keinen Bevölkerungsrückgang. Wir haben dort 99000 Einpendler. Haben Sie das schon einmal registriert? Das sollten Sie registrieren, wenn Sie Ihre Zahlenspielerereien machen.

Jeder Bilanzfälscher in den USA würde blass werden, wenn er Sie hören würde, weil Sie mit den Zahlen jonglieren, wie Sie es gerade brauchen. Noch einmal: 370000 Zuwanderer seit 1993 innerhalb Deutschlands und 99000 Einpendler nach Bayern. Das sind die Fakten.

Da Sie im Zusammenhang mit Disparitäten in Bayern Oberfranken zitieren, muss ich Ihnen sagen: Natürlich hat es ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das fast überall eine hohe Arbeitslosenquote hat, insofern leichter als wir, weil dort die Situation überall gleich schlecht ist; dort gibt es keine solchen Disparitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber schauen Sie sich einmal die Zahlen an: Oberfranken hat für sich genommen – mal abgesehen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz – einen besseren Schnitt bei der Arbeitslosigkeit als alle anderen Länder. Beim Vergleich mit Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg oder Schleswig-Holstein müssen Sie feststellen, dass Oberfranken besser als die anderen Länder, außer Baden-Württemberg, Hessen oder Rheinland-Pfalz, dasteht, obwohl es eine problematische Region ist. Alle SPD-regierten Länder wären froh, wenn sie die Arbeitslosigkeit von Oberfranken hätten.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Deswegen tun Sie nichts!)

– Wir machen eine ganze Menge, und das wissen Sie auch. Wir haben das schon x-Mal ausdiskutiert. Ich korrigiere nur Ihre falschen Behauptungen.

Nun zur Pleitewelle. NRW liegt bei den Pleiten – auch gerechnet pro Kopf der Bevölkerung – weit über Bayern. Bei Kirch haben Sie gebrüllt, es handle sich um die größte Pleite Deutschlands. Bei Kirch waren 10000 Arbeitnehmer betroffen, der größte Teil der Arbeitsplätze bleibt erhalten. Babcock hat 22000 Beschäftigte. Das ist erheblich mehr. Wenn Sie nach der größten Pleite in Deutschland fragen, dann muss ich Ihnen sagen: Babcock ist die größte Pleite, die Deutschland in den letzten Jahren erlebt hat, und zwar unter der Verantwortung einer rot-grünen Regierung.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt erinnere ich an die Sprüche des Herrn Clement in Bezug auf Kirch. Er hat gesagt, die Landesbank habe nicht aufgepasst und die Konstruktionen mit den Toch-

terfirmen und Unterfirmen dürfte es nicht geben. Er hat gesagt: Wenn wir hier Kredite geben würden, würden wir das so organisieren, dass wir eine klare Transparenz und einen Überblick hätten. Die West-LB ist bei Babcock nicht nur Kreditgeber, sie ist auch beteiligt und hat Sitz und Stimme im Aufsichtsrat. Was haben wir denn zu lesen bekommen? 300 Tochterfirmen bei Babcock, und kein Mensch blickt mehr durch. Kein Mensch weiß mehr, was los ist, und der Oberschlaumeier Clement blickt schon gar nicht mehr durch. Jetzt ist es vorbei mit seinen Sprüchen. Jetzt ist es vorbei mit den angekündigten Heldentaten. Wie steht es denn nun mit seiner Weisheit? Jetzt ist er so klein mit Hut, und Sie machen immer noch Sprüche. Da kann ich nur noch staunen.

Jetzt kommen wir zur nächsten Zahl, wenn schon ein paar Großpleiten herausgegriffen werden. Bei der Firma Dornier war von der staatlichen Seite her die Bundesregierung mit zwei Dritteln und wir mit einem Drittel dabei. Komischerweise fällt das bei Ihnen durch den Rost. Bei Babcock haben die rot-grünen Regierungen – in Düsseldorf und in Berlin – Millionensummen an Bürgschaften angeboten; das haben wir bei Kirch alles nicht gebraucht. Ich nehme als Beispiele einmal nicht die Großen, sondern die Kleinen: Im Jahre 2000 waren es 22000 Pleiten und im Jahre 2001 32000. Im Jahre 2002 werden es 40000 Pleiten sein, die privaten Haushalte noch gar nicht eingerechnet.

(Zuruf von der SPD: Wie viele waren es 1995?)

Das ist eine überdimensionale Steigerung der Pleiten. Wenn man unterstellen würde, dass jeder Betrieb, der Pleite geht, einen Beschäftigten hat, wären zusammen mit dem Inhaber 80000 Arbeitsplätze betroffen. Letztlich sind es aber viel mehr. Plötzlich sagen Sie, das gehe Sie nichts an. Warum denn nicht? – Als Herr Schröder Ministerpräsident war und nach seiner mageren Bilanz in Niedersachsen gefragt worden ist, hat er gesagt: Ich kann nichts dafür, ich habe nicht den Zugriff auf die Rahmenbedingungen.

Der Zugriff liegt in Bonn – jetzt in Berlin. Jetzt ist Schröder in Berlin und kann anscheinend wieder nichts dafür. Jetzt ist wahrscheinlich Brüssel verantwortlich, aber auch da sind einige von Rot-Grün in der Verantwortung. Wahrscheinlich ist demnächst die UNO oder wer auch immer verantwortlich. – Verantwortlich ist die Bundesregierung, und die kümmert sich nicht um die Probleme.

Die Beschäftigtenquote ist in Bayern erheblich höher als in anderen Ländern. Würden wir für andere Länder die Beschäftigtenquote von Bayern unterstellen, hätten diese Länder bei der Arbeitslosigkeit erheblich höhere Quoten. Dieser Punkt wird meistens außer Acht gelassen. Das schönste Argument ist immer das mit dem Zuwachs der Arbeitsplätze. Bis 1998 waren die 630-DM-Jobs nicht in der Statistik der Arbeitsplätze enthalten. 1999 sind sie als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Statistik. Der Beschäftigungszuwachs, den Sie zitieren, geht zu zwei Drittel – so sagen die Arbeitsämter – auf die 630-DM-Regelung zurück.

(Maget (SPD): Sie zahlen ja Versicherungsbeiträge, Herr Minister!)

Deswegen sage ich Ihnen: Ihr Beschäftigungszuwachs ist nichts anderes als ein statistischer Trick.

(Beifall bei der CSU)

Netto hat Bayern einen Beschäftigungszuwachs, und zwar im Wesentlichen als einziges Land. Sie haben 1998 ein Land übernehmen können, das im Aufschwung war und Wirtschaftswachstum gehabt hat. Diese Entwicklung haben Sie erfolgreich abgewürgt. Weil man nicht mehr weiter weiß und Herr Schröder mit der ruhigen Hand nicht mehr weiter kommt, heißt es: Der Hartz muss helfen. Das ist im Übrigen das 41. Gutachten zum Arbeitsmarkt, das diese Bundesregierung hat anfertigen lassen. Alle anderen sind in den Schubladen verschwunden.

Das Hartz-Gutachten bringt nicht viel Neues, mit Ausnahme von einzelnen Themen. Ich muss mich wundern, meine Damen und Herren von der SPD: Hartz propagiert die Ich-AG, bei der ein Arbeitsloser nebenbei bis zu 20 000 € verdienen kann, und zwar als Haushaltshilfe, als Aushilfsgärtner, als Aushilfskeller oder in anderen Funktionen. Jetzt frage ich Sie: Warum haben Sie denn das Scheinselbstständigengesetz gemacht? Wir haben gesagt, das sei falsch, weil man vieles, was sich zur Selbstständigkeit entwickeln kann, damit unterbindet. Sie haben als Beispiele angeführt, Haushaltshilfen, Kellner oder Lastwagenfahrer würden als Scheinselbstständige ausgebeutet.

Jetzt aber kommt die „Ich AG“ mit genau diesen Vorschlägen. Sie müssen doch Purzelbäume schlagen, wenn Sie ihrer bisherigen Argumentation treu bleiben wollten. Was war denn jetzt richtig? War die Scheinselbstständigenregelung, die Sie gemacht haben, richtig, weil Sie Missbrauch beseitigt, oder ist die „Ich AG“ richtig? Dann eröffnen Sie aber in ungeheurerem Maße und weit mehr als bisher die Missbrauchsmöglichkeiten. Sie laufen hier wie eine Herde Schafe einem Leithammel hinterher und rufen: „Hartz, Hartz“, so wie die Schafe „Mäh, Mäh“ rufen, und zwar ohne darüber nachzudenken, was in dem Papier überhaupt steht.

(Beifall bei der CSU)

Das ist seltsam. Ich frage mich auch, warum Sie die 630-DM-Regelung geändert haben. Jetzt kann man bis zu 20 000 € verdienen, bei einem zehnpromzentigen Steuerabschlag. Was ist denn dann bei der „Ich AG“? Der Beschäftigte, der unter das 630-DM-Gesetz fällt, musste eine Riesenbürokratie durchlaufen. Dann kommt der nächste und sagt: Ich mache eine „Ich AG“, da bekomme ich bis zu 20 000 € bei einem zehnpromzentigen Pauschalabzug. Warum sind Sie dann eigentlich gegen unsere 400-€- bzw. 800-€-Regelung, wenn Sie bis zu 20 000 € gehen und sich dabei mit einem Zehn-Prozent-Abschlag zufrieden geben? Dahinter steckt doch überhaupt keine Logik. Sie laufen den Hartz-Vorschlägen hinterher – ich sage es noch einmal – wie eine Herde Schafe. Ich glaube, Sie haben das Problem noch nicht einmal genügend durchdacht.

Der vorletzte Punkt: Die über 55-Jährigen aus der Arbeitslosenstatistik herauszunehmen und zu sagen, Freunde, euch braucht man nicht mehr, ist sozial mehr als schäbig.

(Beifall bei der CSU)

Herr Maget, da müssten wir zwei auch heimgehen.

(Maget (SPD): Ich darf noch ein bisschen bleiben, Herr Minister!)

Ich halte das für sozial mehr als schäbig und wirtschaftlich für falsch, weil man die Erfahrungen von vielen Menschen aus dem Arbeitsleben herausnimmt.

Das Letzte in diesem Zusammenhang: Es ist ein hervorragender Vorschlag, Arbeitslose, die ein halbes Jahr arbeitslos sind, bei den Jobcentern des Arbeitsamtes anzustellen. Auf diese Weise könnten Sie in ein paar Jahren die Arbeitslosigkeit nicht nur um 50%, sondern sogar um 100% reduzieren; Sie bräuchten nur alle Arbeitslosen zu Angestellten des Jobcenters zu machen. Auf diese Weise bereinigen Sie die Statistik, aber beseitigen nicht die Probleme am Arbeitsmarkt. Das ist doch ein Witz. Sie meinen, Sie könnten die Bevölkerung zum Narren halten. Die nimmt Ihnen diesen Käse nicht ab. Es ist seltsam, dass man sich mit solchen Vorschlägen überhaupt an die Öffentlichkeit traut.

Sie tragen die Verantwortung für eine verkorkste Steuerreform. Sie tragen die Verantwortung für eine verkorkste Rentenreform. Die Regelung im Zusammenhang mit der Riester-Rente ist Ausdruck einer überragenden Bürokratie. Sie bringen bei der Krankenversicherung nicht mehr als reine Stümperei zusammen. Zu der Haushaltssanierung, von der Sie immer reden, wurde von den Verantwortlichen in Brüssel gesagt, was sie davon halten. Sie hätten den Blauen Brief normalerweise bekommen müssen.

Das Hauptproblem ist: Sie sparen zu Lasten der Investitionen. Zum Thema Arbeitslosenvermittlung haben Sie bisher all die Vorschläge abgelehnt, die eigentlich weitergeführt hätten.

Jetzt kommen Sie mit Larifari, das in der Sache nicht weiterführt und das auch nichts am Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ändert. Deshalb fällt es den Gewerkschaften relativ leicht, dem zuzustimmen.

Die Bilanz Ihrer Regierungszeit sieht so aus: Deutschland steht an letzter Stelle, die Investitionen gehen zurück, die Arbeitslosigkeit steigt, die Beschäftigung sinkt, die Nachfrage sinkt. Die Teuro-Kampagne ist ein Manöver, das von Ihnen falschen Entscheidungen in der Politik ablenken soll.

(Gartzke (SPD): Aber wirksam!)

Die Konjunkturmotoren Investition und Nachfrage sind von Ihnen gebremst worden. Deshalb steht der Laden, und es läuft nichts. Das sind Ihre Fehler.

Ich kann nur noch einmal zitieren. Schröder hat gesagt: Wenn wir nicht bis auf 3,5 Millionen Arbeitslose herunterkommen, dann gehören wir zu Recht abgewählt. Wenn er in den letzten vier Jahren einmal Recht gehabt hat, dann hat er in diesem Punkt Recht gehabt. Dem sollte auch die Bevölkerung folgen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich mache darauf aufmerksam, dass die Staatsregierung insgesamt sechsundzwanzigeinhalb Minuten gesprochen hat. Das heißt, die Fraktionen haben jeweils sechzehneinhalb Minuten zusätzliche Redezeit. Kollege Dr. Runge hat sich schon auf dieses Konto gemeldet. – Nächste Wortmeldung: Kollege Obermeier.

Obermeier (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir dieses Thema, das wir heute diskutieren – den Arbeitsmarkt – im ersten Plenum nach der Bundestagswahl diskutieren würden, dann könnte ich meine Ausführungen sicherlich frei nach den Gebrüdern Grimm mit dem Einleitungssatz beginnen: Es war einmal ein Bundeskanzler Schröder, der den Arbeitslosen Arbeit versprochen hat, aber alles getan hat, damit er dieses Versprechen nicht einlösen muss.

(Beifall bei der CSU – Zurufe des Abgeordneten Gartzke (SPD))

Die Arbeitsmarktzahlen für den Juni 2002 verdeutlichen dies alles noch mehr. Die Regierung Schröder hat den Arbeitsmarkt überreglementiert, anstatt Anreize für neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Um dennoch zu beweisen, wie entschlossen diese *ruhige* Hand dieses Problem kurz vor der Wahl anpacken will, werden nunmehr die Vorschläge einer von vielen Kommissionen, die die Bundesregierung eingesetzt hat, als Allheilmittel, als Wundermittel, wie Kollege Dr. Söder gesagt hat, angepriesen.

Wohlgemerkt: Es handelt sich hier nicht um irgendwelche Ideen oder Vorschläge, die die Bundesregierung entwickelt hat. Es handelt sich um Vorschläge, die andere entwickelt haben. Die Bundesregierung lässt andere die Probleme lösen und pickt sich dann die Probleme heraus, die ihr am besten lösbar erscheinen.

Bei der ganzen Diskussion und der Befürwortung dieser Vorschläge wurde eines übersehen: nämlich, dass mit diesen Vorschlägen nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Die Vorschläge dienen ausschließlich der Beschönigung der Arbeitsmarktstatistik. Sie sagen jedoch nichts darüber aus, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind CSU-Vorschläge! – Kobler (CSU): Antrag lesen!)

Über eines müssen wir uns im Klaren sein: Das Problem am Arbeitsmarkt lässt sich sicherlich nicht dadurch lösen, dass man nur die Verwaltung der Arbeitslosigkeit verbessert und die Arbeitslosenstatistik schön. Haupt-

problem ist heute nicht die Vermittlung der Arbeitslosen, sondern das millionenfache Fehlen von Arbeitsplätzen.

Ich verstehe nicht die GRÜNEN, die an dem Antrag der CSU kritisieren, dass darin nicht von Arbeitslosen die Rede sei. Wie können die GRÜNEN dann zustimmen, dass ältere Arbeitnehmer, ältere Personen zwischen dem 55. und dem 60. Lebensjahr, lediglich ein pauschalisiertes Arbeitslosengeld erhalten? – Es wird sich in diesem Fall innerhalb der Arbeitsverwaltung sicherlich niemand finden, der sich für eine Vermittlung dieser Personen einsetzt. Ich möchte nicht wissen, wie die Opposition über derartige Vorschläge urteilen würde, wenn die CSU in Bayern solche Vorschläge machen würde.

(Frau Steiger (SPD): Probieren Sie es einmal!)

Folge dieses Vorschlags der Hartz-Kommission sind selbstverständlich höhere Ausgaben der Rentenversicherung und damit einhergehend ein stärkerer Anstieg der Beiträge sowie unter Umständen eine stärkere Inanspruchnahme der Sozialhilfe. Das heißt mit anderen Worten: Die Kosten werden wieder einmal auf die Kommunen abgewälzt.

(Strasser (SPD): Das müssen Sie sagen!)

Die Kommission verordnet diesen Arbeitnehmern eine Rente, ob sie das wollen oder nicht. Was das für die betroffenen Arbeitnehmer bedeutet, wenn sie vom Staat auf das Abstellgleis gestellt werden, braucht man hier nicht näher zu beschreiben. Es dürfte wohl allen klar sein, dass sich diese Personen ihr geringes Einkommen mit Schwarzarbeit aufbessern.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, was die Vorschläge für die Familien bedeuten? – Wir haben vor einigen Monaten eine Diskussion im sozialpolitischen Ausschuss über die Sozialhilfe geführt, über Anträge der CSU-Fraktion, wie es uns gelingen kann, mehr Menschen, die Sozialhilfe beziehen, in Arbeitsverhältnisse zu bringen. Damals wurden wir als unsozial bezeichnet, weil wir eine stärkere Eigenverantwortung der Sozialhilfeempfänger einforderten und bei Nichtbeachtung stärkere finanzielle Einschnitte gefordert haben. Heute unterstützen Sie, wenn Sie diesen Vorschlägen der Hartz-Kommission zustimmen, noch viel stärkere Einschnitte, weil Sie es zulassen, dass Arbeitslosengeld pauschal bemessen wird, unabhängig davon, wie lange und wie viel jemand in die Rentenversicherung einbezahlt hat.

Sie haben uns damals im Ausschuss als unsozial bezeichnet; ich bezeichne diese Vorschläge, die Sie heute billigen möchten, als einen sozialen Kahlschlag innerhalb der bestehenden Arbeitslosenversicherung.

(Strasser (SPD): Der Schröder hat etwas anderes gesagt!)

Aber diese Vorschläge gehen noch weiter. Alle Verbände fordern eine Entbürokratisierung des Arbeitsmarktes. Hiervon ist in diesen Vorschlägen überhaupt nicht die Rede. Übernahmen von Personalabteilungen bezie-

hungsweise die Schaffung von Kompetenzzentren sind sicherlich nicht geeignet, Bürokratie zu verhindern.

Der vorgelegte Dringlichkeitsantrag – ich komme zum Ende, Herr Präsident – zeigt Wege auf, wie man die Probleme auf dem Arbeitsmarkt lösen kann. Stimmen Sie diesem Antrag zu, damit Sie zumindest einmal in dieser Legislaturperiode etwas für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land tun!

(Beifall bei der CSU – Gartzke (SPD): Mit Schlaftabletten schaffen wir das nicht!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Jetzt hat Kollege Wahnschaffe das Wort. – Ich weise noch einmal darauf hin, dass am Rednerpult tatsächlich ein rotes Licht aufleuchtet, wenn die Redezeit zu Ende ist.

(Heiterkeit des Abgeordneten Leeb (CSU))

Dann sollte man sich kurz fassen und zum Ende kommen.

Wahnschaffe (SPD): Herr Präsident, ich werde versuchen, das zu beherzigen. – Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie haben heute wieder einmal ein deutliches Beispiel dafür gegeben, wie man Probleme mit Polemik übergehen kann. Sie haben in diesem Zusammenhang von „schäbig“ gesprochen. Schäbig haben Sie sich verhalten, als Sie über Arbeitslose in Bayern, insbesondere in Oberfranken gesprochen haben, als wären sie Luft.

(Beifall der Abgeordneten Frau Steiger (SPD) und Werner (SPD))

Wir haben in Hof eine Arbeitslosenquote von 10%. Sie haben gesagt, die Menschen in anderen Bundesländern wären froh, wenn sie die Arbeitslosigkeit von Oberfranken hätten. Damit diskreditieren Sie gleichzeitig die Arbeitslosen in Franken, und zwar in ganz erheblichem Maße.

(Widerspruch bei der CSU – Kaul (CSU): Das ist unerhört, was Sie machen! – Weitere Zurufe von der CSU – Gegenrufe von der SPD)

Hier wird heute ausgerechnet von denen eine Stellvertreterdiskussion geführt, die 16 Jahre Stillstand und Reformstau in diesem Land zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Leute wollen uns heute Glauben machen, dass sie die besseren Rezepte haben, –

(Zuruf des Abgeordneten Gartzke (SPD) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– um Arbeitslosigkeit nachhaltig zu überwinden.

(Beifall bei der SPD – Kaul (CSU): Das werden wir erleben!)

Ihre Rezepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sehen so aus: Lohnfortzahlung verschlechtern,

(Dr. Bernhard (CSU): Wo denn?)

Kündigungsschutz kappen, Teilzeitgesetz aufheben, Schlechtwettergeld stornieren.

Meine Damen und Herren, wenn man Arbeitnehmer rechtlos stellt, wird man keine neuen Arbeitsplätze, sondern nur Unzufriedenheit schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wer im Bund regieren will, muss in Bayern erst einmal beweisen, dass er es besser kann.

(Beifall bei der SPD – Hofmann (CSU): Der Schröder hat das aber niemals geschafft!)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns doch einmal die Bilanz an. Frau Stewens hat wohlweislich nur über den Bund gesprochen. Die Aktivitäten der Staatsregierung hat sie verschwiegen. Herr Wiesheu hat im Grunde nur gegen den Bund polemisiert. Wie sieht denn Ihre Bilanz aus? – Von den Insolvenzen haben wir schon gesprochen. Ob es nun Kirch, Schneider oder die Maxhütte ist, es ist Ihre Bilanz, die Sie zu ziehen haben. Ich darf eine Passage aus der „Süddeutschen Zeitung“ von letzter Woche in Erinnerung rufen:

In Bayern hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten deutlich schlechter entwickelt als in nahezu allen anderen westlichen Bundesländern.

Hier spielt die Musik, hier sind die Verschlechterungen, hier haben wir deutliche Einbrüche, und das kann man in einzelnen Bereichen auch noch konkretisieren. In Oberbayern, im Kernland, auf das Sie sich so gerne berufen, ist die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 27% gestiegen. Das ist ein Rekord.

(Willi Müller (CSU): Das ist doch eine echte Milchmädchenrechnung!)

Aber wie gehabt: Frau Stewens führt diese Entwicklung natürlich auf das Versagen der Bundesregierung zurück. Für die Wohltaten sind Sie, für die schlechten Nachrichten ist der Bund verantwortlich. Das ist so einfach, dass es Ihnen keiner glaubt.

Meine Damen und Herren, Sie haben sehr stark auf den Beschäftigungspakt Bayern gesetzt. Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen, und den haben Sie mutwillig verursacht. Sie haben das Tariftreuegesetz im Bundesrat wider jede Vernunft zu Fall gebracht, obwohl wir in Bayern ein eigenes Tariftreuegesetz haben.

(Kobler (CSU): Ein besseres!)

Dieses Verhalten zeigt doch nur, dass Sie im Augenblick alle sinnvollen Gesetze, die vom Bundestag verabschiedet werden, verhindern wollen. Dazu missbrauchen Sie Ihre Mehrheit im Bundesrat.

(Dr. Bernhard (CSU): Lafontaine lässt grüßen!)

Wir haben in diesen Wochen viel über Pisa gesprochen. Sie haben sich in die Brust geworfen und gesagt, wir seien in Bayern ja so gut.

(Kobler (CSU): Da sind wir auch besser!)

Sie müssen sich aber Folgendes vergegenwärtigen. Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Das sage nicht ich, sondern das sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Köln. Jeder Siebte, der keine Ausbildung hatte, war Anfang der 90er Jahre arbeitslos. Heute ist es jeder Vierte.

(Signal des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich habe es gesehen, ich führe diesen Satz nur noch zu Ende. 15% der Jugendlichen in Bayern verlassen heute ohne jeden Abschluss die Schule. Das ist das Ergebnis Ihrer Bildungspolitik, und Prof. Baumert, der Leiter der Pisa-Studie, hat gesagt, diesen Kindern entziehe man Lebenschancen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Pschierer.

Pschierer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahnschaffe, lassen Sie mich zunächst einmal ein klein wenig Sachlichkeit in die Diskussion bringen. Sie haben gerade die Pisa-Studie erwähnt. Hier hätten Sie den größten Nachholbedarf. Sie sind nicht einmal in der Lage, die Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Bayern in Relation zu den anderen Bundesländern zu setzen. Sie sind das lebende Beispiel dafür, dass die Pisa-Ergebnisse doch Wirklichkeit sind. Wenn die Arbeitslosigkeit von 5% um einen Prozentpunkt auf 6% steigt, sind es halt nun einmal 20%. Wenn sie aber von 10%, wie in Nordrhein-Westfalen oder in anderen Ländern, um einen Prozentpunkt steigt, dann ist es nun einmal 1%.

(Zurufe von der SPD: 10!)

– Entschuldigung, 10%!

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Das kann doch nicht wahr sein! Sie können gleich noch einmal von vorne anfangen! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon ein paar Prozent zuviel? – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schleißheim kommt noch!)

– Sie brauchen sich nicht so zu freuen. Ich komme schon noch auf ein paar Punkte zu sprechen, und dann werden Sie noch staunen.

Herr Maget, Sie haben vorhin gesagt, Herr Schröder habe sich getäuscht. Ich sage Ihnen jetzt ganz bewusst: Herr Schröder hat sich nicht getäuscht, er hat andere getäuscht. Ich liste es Ihnen noch einmal auf. Ihr Bundeskanzler ist nicht nur bei der Arbeitslosigkeit mit Ver-

sprechungen aufgetreten, die er nicht einhalten konnte. Er hat bei der Regierungserklärung gesagt, er würde die Sozialversicherungsbeiträge von heute 42% auf unter 40% senken. Nichts ist passiert. Wir haben heute immer noch die gleiche Höhe. Gleiches gilt für die Rentenpolitik. Die Stimmen der Bundestagswahl waren noch gar nicht ausgezählt, da haben Sie schon die Rentenerhöhung außer Kraft gesetzt und die Renten nur noch inflationsbereinigt erhöht.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Bei der Staatsverschuldung haben Sie in Brüssel darum gebettelt, dass der blaue Brief nicht kommt. Die Gesundheitsreform ist ebenfalls eine Fehlanzeige.

Sie erwecken immer den Eindruck, dass die Zahlen, die hier verkündet werden, Zahlen der CSU-Landesleitung sind. Nein, es sind Zahlen der OECD, der Weltbank, des internationalen Währungsfonds und des Sachverständigenrates. Bei der Arbeitslosigkeit, beim Wachstum, bei Umsatzentwicklungen, bei Betriebszahlen oder bei Investitionen sind die SPD-regierten Länder Schlusslicht.

Frau Kollegin Stahl, Sie empfehlen uns das „C“ aus dem Namen der CSU zu streichen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das waren nicht wir, sondern der Kardinal!)

Ich kann Ihnen und der SPD nur empfehlen, auf die Begriffe sozial und gerecht zu verzichten. Es ist sozial zutiefst ungerecht, dass die Hartz-Kommission vorschlägt, das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe zu kürzen.

(Lachen bei der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Oh mei, oh mei, das sagt der Richtige!)

Mit Ihrer Steuerpolitik haben Sie den Mittelstand eklatant benachteiligt.

(Werner (SPD): Das glaubt Ihnen doch niemand!)

Sie haben bei den Veräußerungsgewinnen aus Beteiligungsverkäufen den Mittelstand benachteiligt. Die Korrekturen im Vermittlungsausschuss waren nur ein Verdienst der Herren Stoiber, Faltthauer und Huber. Das war doch nicht Ihr Verdienst. Sie haben die Abschreibungsbedingungen für den Mittelstand verschlechtert. Wenn Sie weiter regieren, haben wir künftig in unseren mittelständischen Betrieben die ältesten Computer, Werkzeuge und Maschinen.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass Sie als großes Markenzeichen und Werbeträger für Ihre Steuerreform damals den Vorstandsvorsitzenden der Porsche AG gewählt haben. Sie haben eine Steuerpolitik für die Großkonzerne gemacht. Um nachher den Mittelstand noch zu bestrafen, haben Sie mit dem Betriebsverfassungsgesetz, mit den Teilzeitregelungen und mit dem Scheinselbstständigkeitsgesetz den Mittelstand eklatant benachteiligt.

Herr Staatsminister Wiesheu hat es zuvor schon angesprochen. Dem Scheinselbstständigkeitsgesetz zufolge, welches Sie verabschiedet haben, war es unmöglich, dass jemand aus der bestehenden Firma heraus sich selbstständig macht und für den früheren Arbeitgeber Aufträge ausführt. Jetzt kommen Sie mit der „Ich AG“. Dabei haben Sie aber noch nicht einmal die Frage beantwortet, wer dann die Sozialversicherungsbeiträge bezahlen soll.

Der härteste Vorwurf, den ich heute gehört habe, war aber folgender: Es wäre wichtig gewesen, die Privatisierungserlöse des Freistaates Bayern zum Abbau der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Wir brauchen die Privatisierungserlöse für die High-Tech-Offensive und nicht für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Ich hätte mir hier eher erwartet, dass Sie von den Erlösen aus der Veräußerung der UMTS-Lizenzen den Ländern und Kommunen Geld zurückgeben. Wir haben die High-Tech-Offensive gestartet, um den Freistaat Bayern zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu machen.

Ein allerletzter Punkt, meine Damen und Herren von der Opposition: Die größte Luft- und Lachnummer ist für mich die Hartz-Kommission. In den neuen Bundesländern haben Sie sage und schreibe 1,4 Millionen Arbeitslose und 76 000 freie Stellen. Was wollen Sie dort mit mehr Vermittlungsaktivitäten? Sie können die 1,4 Millionen Arbeitslosen in den neuen Bundesländer doch nicht in virtuelle oder fiktive Firmen vermitteln. Dazu brauchen Sie viel mehr Existenzgründer, und dazu müssen Sie eine andere Steuerpolitik betreiben, nach der sich Existenzgründungen wieder lohnen. Sie müssen dazu eine Arbeitsmarktpolitik betreiben, die flexibel ist und es den Mittelständlern erlaubt, flexibel auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zu reagieren. Dazu müssen Sie eine Sozialpolitik betreiben, welche die Sozialversicherungsbeiträge nicht ständig in die Höhe treibt, sondern sie senkt.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt schon lange überzogen.

Pschierer (CSU): Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren –

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Entschuldigung, das geht jetzt wirklich nicht.

Pschierer (CSU): Nach dem 22. September werden wir die Gelegenheit haben, das alles umzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon spannend, dass wir auf Antrag der CSU-Fraktion eine Diskussion in der Aktuellen Stunde zu einem Papier des Kanzlerkandidaten und seines Seniorpartners Lothar Späth

führen. In der Wirtschaft nennt man solche Herren Aktivsenioren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte das für ungewöhnlich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Spaenle (CSU))

– Lassen Sie mich ausreden. Wir sollen ein Papier begrüßen, das Sie als Programm bezeichnen und „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ nennen. Das ist nichts anderes als ein Wahlkampfpapier, in manchen Teilen auch ein Wahlkrampfpapier. Das wäre dasselbe, wie wenn wir Dringlichkeitsanträge dazu stellen würden, dass der Kanzlerkandidat einmal Hüh und einmal Hott sagt.

(Kaul (CSU): Was ist denn mir Ihrem Klima-Antrag?)

– Herr Kollege Kaul, wir danken für Ihre Steilvorlage. Dieses Papier ist ein wüstes Sammelsurium. Einerseits stehen konkrete Dinge wie die Lkw-Maut oder die Ökosteuern drin, dann hören wir auf der anderen Seite wieder die Forderung nach der Beseitigung bürokratischer Hemmnisse.

(Zuruf des Abgeordneten Kobler (CSU))

Aber wie Sie die bürokratischen Hemmnisse beseitigen wollen, sagen Sie nicht. – Herr Kobler, Sie haben doch keine Ahnung.

(Kaul (CSU): Aber Sie haben Ahnung!)

Ich greife die Anpassung der Mittelstandsfinanzierung an die geänderten Rahmenbedingungen auf. Sagen Sie uns doch, wie Sie das machen wollen. Herr Kollege Scholz und ich haben dazu reihenweise Anträge gestellt und Ansätze aufgezeigt.

(Kobler (CSU): Die waren das Papier nicht wert!)

Von Ihnen kam aber immer nur ein Nein. Sie haben keinen einzigen Antrag gestellt, der Auskunft darüber geben würde, wie Sie das machen wollen. Sie wissen es eben nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie stellen nur plakative Forderungen. Man könnte Ihnen reihenweise die einzelnen Punkte um die Ohren hauen. Es gibt aber noch Wichtigeres zu sagen.

Herr Kobler, Sie stehen angeblich für die Sozialpolitik. Schauen Sie einmal auf Seite 2 des Dringlichkeitsantrages nach. Ich lese Ihnen vor, was Sie machen wollen. Dort heißt es: „Für Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt zwischen 401 € und 800 € bei einer Arbeitszeit von mindestens 20 Wochenstunden Reduzierung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung.“ Sie haben hoffentlich ausgerechnet, was das bedeutet. Sie wollen einen neuen Niedriglohnsektor einführen, der durch besonders

niedrige Löhne gekennzeichnet ist. 5 € pro Stunde ist wirklich eine grandiose Forderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Kobler (CSU))

Wir haben wahrhaft Absonderlichkeiten von Herrn Kobler und Herrn Dr. Bernhard zu hören bekommen. Es wurde von der Steuer- und Abgabenerhöhung der Bundesregierung gesprochen, der Mittelstand werde benachteiligt, es finde eine Umverteilung von unten nach oben statt, und wir bräuchten Steuersenkungen.

(Ach (CSU): Das ist richtig!)

Ich finde Steuersenkungen gar nicht so schlecht.

(Dr. Bernhard (CSU): Dann sind wir uns ja einig!)

Sie stehen doch für die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich nenne a) die Mineralölsteuer und b) die höchsten Steuersätze.

(Ach (CSU): Finanzpolitisch haben Sie keine Ahnung!)

Ich erinnere nicht nur an den Eingangssteuersatz, den wir um 10 Prozentpunkte reduzieren, sondern ich spreche auch den Spitzensteuersatz von 53 Prozentpunkten an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie von der Union stehen für die hohen Steuern. Noch schöner wird es, wenn man sich die Äußerungen über neue Bürokratie und neue Konstrukte wie die Bauabzugssteuer anhört. Schlafen Sie denn? – Wer hat denn die Bauabzugssteuer im Bundesrat beantragt? – Das war der Freistaat Bayern. Wer hat die Bauabzugssteuer bejubelt? – Das waren die Herren Falthäuser und Beckstein. Jetzt greifen Sie das an. Sie wissen wirklich nicht, wovon Sie reden.

(Beifall des Abgeordneten Werner (SPD))

Herr Kollege Pschierer, die AfA-Tabellen sind in der Regierungszeit von Kohl geändert worden. Rot-Grün hat die Zeiten bei den Computern wieder reduziert.

(Zuruf des Abgeordneten Pschierer (CSU))

Herr Kollege Pschierer, Sie verwechseln oft den Grenzsteuersatz mit der Durchschnittssteuer. Erst habe ich gedacht, das sei böser Wille. Nachdem Sie uns aber soeben Ihre phänomenale Prozentrechnung vorgeführt haben, glaube ich wirklich, dass Sie es nicht besser wissen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich zu den Zahlenvergleichen kommen. Das halte ich im Grunde genommen für Beckmesserei.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Sie dürfen nur fünf Minuten reden. Es heißt ganz klar in unserer Regelung, dass ein Redner einer Fraktion länger als fünf Minuten sprechen kann, nämlich zehn. Dann sprechen alle im Fünf-Minuten-Rhythmus. Sie sprechen schon fünf Minuten und kommen jetzt bitte zum Schluss.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss klar feststellen, dass wir die höchsten Arbeitslosenzahlen unter Ihrer alten Bundesregierung hatten. Seit Stoiber ist es in Bayern bergab gegangen, trotz der 8 Milliarden DM an Privatisierungserlösen und trotz des Beschäftigungspaktes. Die Schere zu den anderen Bundesländern klappt nicht mehr so weit auseinander. Das bedeutet, dass Sie von der CSU die Letzten sind, die über Themen wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt reden dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Sie werden uns aber weiterhin die Chance bieten, uns mit Ihnen auseinander zu setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die verbleibende Redezeit hat nichts mit der Länge der Beiträge in der Aktuellen Stunde zu tun. Der nächste Redner ist Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatsministerin Stewens und Herr Staatsminister Dr. Wiesheu haben heute in ihren Beiträgen ausgeführt, wie gut es mit der Zuwanderung in Bayern bestellt ist. Ihre Reden standen unter dem Motto: Zuwanderung ist gut. Es ist dabei aber nicht deutlich geworden, dass es in Bayern Gebiete gibt, aus denen eine permanente Abwanderung zu verzeichnen ist. Es handelt sich um Nordostbayern, wo die Arbeitslosigkeit insbesondere im Winter auf gefährliche 12% steigt und wo wir uns der Arbeitslosenquote des benachbarten Sachsen annähern. In den Landkreisen Hof, Wunsiedel und Tirschenreuth sind in 15 Jahren 15000 Menschen abgewandert. Nach der Wende ist es etwas besser geworden, aber seit Jahren wandern pro Landkreis etwa 1000 Menschen ab.

Stellen Sie sich einmal vor, was das wirtschaftlich bedeutet. Was hat die Staatsregierung dagegen unternommen? – Viele Menschen, die heute durch Städte gehen, in denen reihenweise Geschäfte in Einkaufszeitlen leer stehen, die Orte sehen, in denen Fabriken stillgelegt und in Gebäuden Fenster eingeschlagen sind, glauben, sie seien schon in der ehemaligen DDR, wenn sie unsere Region besuchen. In Teilbereichen ist die

Lage dramatisch, und dafür ist die Bayerische Staatsregierung verantwortlich, die nur den tollen Speckgürtel um München sieht und andere Gebiete in Bayern vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahrzehnten fordern verantwortliche Menschen aus allen Bereichen, dass gegengesteuert wird. Wir haben jahrelang gefordert, dass aus dieser Region ein Höchstfördergebiet werden muss, das 28% Förderung erhält. Die Regierung von Oberfranken teilt jedoch auf die Frage, was im Durchschnitt gegeben worden sei, mit, es seien nur 11% gewesen. Wenn der Durchschnitt bei nur 11% liegt, dann bedeutet das, dass manche Betriebe überhaupt keine Förderung erhalten haben.

Die Förderpraxis in den letzten Jahren war mit dafür verantwortlich, dass insbesondere in der Porzellanindustrie keine Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Apropos Porzellanindustrie: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie wollten damals unbedingt die bayerische Lösung, als es um die Sanierung von Hutschenreuther ging. Wir wissen, dass die bayerische Lösung in die Hose gegangen ist. So etwas erwähnen Sie nicht, weil das schief gelaufen ist.

Was macht diese Staatsregierung? – Sie initiiert ein Programm, mit dem noch die letzten jungen Leute aus der Region abgeworben werden. Die Lehrlinge werden aufgefordert, nach München zu gehen, und mit Zuschüssen dorthin gelockt.

Daher sage ich noch einmal, dass die Abwanderung durch das Lehrlingsprogramm leider gefördert worden ist. Soviel ich weiß, ist dieses Programm in der Zwischenzeit nicht mehr neu aufgelegt worden. Aber zunächst ist Ihnen jedenfalls nichts Besseres eingefallen.

Dass der bayerische Ministerpräsident bei der Industrieansiedlung nicht viel zu sagen hat, hat BMW bewiesen. BMW ist nach Leipzig gegangen. Jetzt richtet sich die ganze Hoffnung darauf, dass wenigstens der Autozuliefererpark in die Region Hof/Wunsiedel kommt. Dazu muss ich sagen: Vor Ort haben alle betroffenen Kommunen ihre Hausaufgaben gemacht. Jetzt liegt es eben doch an der Staatsregierung, den Erfordernissen der Landesentwicklung gerecht zu werden, indem sie endlich einmal eine gute Regionalpolitik macht, damit in dieser Region angesiedelt wird. Es wäre ganz gut, wenn in dieser Hinsicht in den nächsten Wochen und Monaten endlich einmal Nägel mit Köpfen gemacht würden.

Das ist für den Ministerpräsidenten die letzte Chance, zu beweisen, dass er auch in kritischen Situationen mit der Wirtschaft zurechtkommt und eine Arbeitsmarktpolitik betreibt, die sich sehen lassen kann. Bis jetzt ist es ja so: Er ist ein Schönwetterpolitiker, ein Ministerpräsident für schönes Wetter. Dort, wo die Wirtschaft boomt, gehört nicht viel dazu, sich mit seinen Leistungen zu brüsten. Aber dort, wo es kritisch ist, müsste er etwas beweisen.

(Zurufe von der CSU: Die Zeit ist abgelaufen!)

– Jawohl, ich höre gleich auf. Aber ich möchte diesen Gedanken noch zu Ende sprechen. Der Ministerpräsident sollte jetzt endlich beweisen, dass er auch in kritischen Situationen den Aufgaben gerecht wird. Wer in Bayern die kritischen Aufgaben nicht in den Griff bekommt, bekommt garantiert Ostdeutschland erst recht nicht in den Griff.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dingreiter.

Dingreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie hätten gut daran getan, auf Ihre Reden heute zu verzichten und dem Antrag der CSU zuzustimmen. Dies wäre für die Sache, um die es geht, das Beste gewesen.

Herr Kollege Dr. Runge hat gefragt, warum man hier so lange über dieses Thema diskutieren muss. Ich will es Ihnen sagen: Ich habe mich deswegen gemeldet, weil ich heute gelesen habe, was der Bundeswirtschaftsminister bei der Vorlage seines Wirtschaftsberichts zum Besten gegeben hat. Man muss aufschreiben, wenn man das liest, was dort gesagt worden ist. Da wurde eine kraftlose Abschiedsbilanz gegeben. Man könnte sie überschreiben mit „Schönreden und Ausweichen“.

Der Bundeswirtschaftsminister hat in der Situation, in der wir uns befinden, in seiner Präambel wörtlich geschrieben: Zur Mitte des Jahres zeichnet sich ein deutliches Wirtschaftswachstum ab, und für das nächste Jahr ist mit einem Wirtschaftswachstum von 3% zu rechnen. Das schreibt dieser Mensch jetzt in einer Präambel. Da muss man doch fragen: Wo lebt denn dieser Bundeswirtschaftsminister? Doch nicht in Deutschland! Sonst würde er anders schreiben.

Tatsache ist, dass wir im Juni erstmals seit 1993 die höchste Arbeitslosigkeit hatten. Tatsache ist, dass die Einzelhandelsumsätze um über 4% zurückgegangen sind. Tatsache ist, dass die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe um fast 8% zurückgegangen ist. Tatsache ist, dass auch das, was die Regierung bisher gerettet hat, der Export, rückläufig ist. Die Ausfuhren haben sich im Juni gegenüber Mai um 7,8% reduziert. Und da sagt dieser Mensch, alles sei in bester Ordnung.

Meine Damen und Herren, von Ihnen wird heute wieder kritisiert, dass wir die Staatsquote senken wollen. Der Herr Wirtschaftsminister hat heute gesagt, die Staatsquote zu senken und staatlichen Einfluss zurückzuführen, bedeute nicht, den Sozialstaat zu schwächen, dies sei viel sozialer, als vom Staat abhängig zu bleiben. Das sagt euer Wirtschaftsminister. Aber Herr Schröder sagt: Senkung der Staatsquote ist Zerschlagung des Sozialstaats. Ja, was gilt bei euch in Berlin denn? Es ist zu fragen: Welche Politik wollt ihr denn machen?

Man muss etwas dagegensetzen. Es darf nicht mehr so weitergehen. Es muss ein Katalog konkreter Maßnahmen vorgelegt und etwas getan werden. Meine Damen

und Herren von der Opposition, wir haben im Wirtschaftsausschuss dazu einen umfangreichen Antrag der CSU beschlossen. Das war vor längerer Zeit. Darin haben wir ganz konkrete Maßnahmen aufgelistet. In unserem heutigen Papier ist das wiederum der Fall.

Aber statt konkret Maßnahmen zu benennen, wie die Hürden des Arbeitsmarkts beseitigt werden können, flüchtet sich der Minister in lange Kapitel, in denen er unter anderem die Frage aufwirft, worum es bei der Globalisierung gehe. Das ist in der Wirtschaftspolitik ein riesiges Kapitel. Globalisierung und Entwicklungsländer sind zwar wichtige Themen, aber nicht solche, die jetzt, zur Mitte des Jahres 2002, im Wirtschaftsbericht abzuhandeln wären. Da stimmt also etwas nicht. Da muss man etwas dagegenhalten. Man muss die kritische Lage zum Thema machen, damit die Menschen begreifen, dass diese Regierung saft- und kraftlos ist.

Unsere Aktivität soll deutlich machen, dass wir Reformen brauchen, dass wir die Wachstumskräfte stärken müssen. Dafür brauchen wir eine zukunftsweisende Politik für den Mittelstand; denn dieser schafft Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze zu schaffen, heißt in diesem Zusammenhang auch, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Sie aber haben ihn immer mehr zubetoniert.

Ich muss noch etwas sagen, was schon häufig gesagt worden ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Sozial ist nicht, wenn Sie Schutzzäune schaffen, die Arbeit verhindern. Sozial sind Sie, wenn Sie das Entstehen von Arbeitsplätzen ermöglichen. Dazu brauchen wir mehr Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, eine Verringerung der Steuer- und Abgabenquote und Reformen zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Das ist in unserem Antrag enthalten. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Strasser.

Strasser (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unwahrscheinlich interessant, hier einem Minister und den Mitgliedern der CSU-Fraktion zuzuhören.

(Beifall bei der CSU)

– Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, merken Sie sich eines: Was eine Regierung 16 Jahre lang hier gemacht hat, kann eine andere Regierung nicht in vier Jahren wieder gutmachen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unwahrscheinlich interessant, wie Sie hier versuchen, das bayerische Volk und die Politiker zu belehren. Wer einen LWS-Skandal im Koffer hat, wer für diese 500 Millionen verantwortlich ist, sollte nicht hierher kommen und geschweigt dahereden wie ein Oberlehrer.

(Ach (CSU): West LB!)

Wenn ich mich unparlamentarisch äußern wollte, würde ich sagen: Die Ausführungen von Herrn Minister Wiesheu waren schon ein bisschen lämmelhaft. Herr Minister, Sie sollten hier einmal einen anderen Sprachgebrauch wählen. Das wäre höchste Zeit.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister versucht jetzt, der Bundesregierung Vorschläge zu machen, was sie tun sollte. Diese Vorschläge hätte er besser machen sollen, als es um die Sanierung der Maxhütte ging. Da hat die Bayerische Staatsregierung versagt.

Ich sage noch etwas zu den Skandalen.

(Zurufe von der CSU)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, da Sie die Bundesregierung schon so oberlehrerhaft dauernd angreifen, müssen Sie sich auch einmal gefallen lassen, dass man Ihnen dazu einiges sagt. Wer hat denn die großen Geschichten um den Deutschen Orden eingeleitet? – Wer war für den Dorfhelferinnen-Skandal verantwortlich, wer für die Kirch-Kredite? – Das waren nicht wir, auch nicht die Bundesregierung. Hier ging es um ein Versagen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Fraktion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es unwahrscheinlich interessant, wie die CSU-Fraktion jetzt, nach drei bis vier Jahren, plötzlich die Arbeitslosigkeit entdeckt. Ja, wer war denn für 5 Millionen Arbeitslose in dieser Republik im Jahr 1998 verantwortlich? Das war die damalige Bundesregierung, zu der die CSU gehörte. Das müssen Sie sich doch sagen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Auf einmal entdecken Sie die Arbeitslosigkeit. Angesichts der 5 Millionen Arbeitslosen mussten natürlich zusätzlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden. Eigentlich waren es damals nicht 5 Millionen, sondern 5,5 oder 5,6 Millionen Arbeitslose. Die jetzige Bundesregierung hat es geschafft, diese Zahl zu verringern. Sie hat eine gute Politik gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, es fällt Ihnen schwer, hier zuzuhören und die Fakten entgegenzunehmen. Wer war denn in dieser Bundesrepublik für den höchsten Schuldenstand seit Bestehen der Republik mit 1,5 Billionen DM verantwortlich? Diese Schulden haben doch die CSU und die damalige Bundesregierung gemacht, kein anderer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie, meine Damen und Herren, hatten damals die größte Umverteilung zu verantworten.

(Unruhe – Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Es war dies eine Umverteilung. Sie haben die Reichen noch reicher gemacht und die Ärmern noch ärmer, und jetzt wollen Sie auf einmal der Anwalt der Sozialhilfempfänger sein. Das waren Sie nicht, und das werden Sie auch in Zukunft nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Hofmann (CSU): Also Blödeheit ist ein schmeichelhafter Ausdruck! – Heiterkeit bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Abgeordneter Hofmann, Blödeheit zu unterstellen, ist unparlamentarisch!

(Hofmann (CSU): Es ist ein schmeichelhafter Ausdruck!)

Strasser (SPD): Herr Hofmann darf das durchaus machen. Dem verzeihen wir vieles.

(Hofmann (CSU): Sehen Sie, Herr Präsident, haben Sie es gehört?)

Wenn es um die Steuererhöhungen geht, meine Damen und Herren, sollten Sie einfach einmal die Statistiken ansehen. Dann erkennen Sie, wer die Steuern ständig erhöht: die Lohnsteuer, die Einkommensteuer, die Kfz-Steuer, die Mineralölsteuer – Sie waren es. Während Ihrer 16-jährigen Amtszeit haben Sie ständig diese Steuern erhöht, und darum sind Sie die Steuererhöhungspartei, nicht wir.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

Wir wehren uns heute dagegen, dass Sie im Landtag einen Antrag vorlegen unter der Überschrift „Politik für mehr Arbeitsplätze“. Denn Sie haben in Ihrer 16-jährigen Regierungszeit versagt. Die heutige Bundesregierung hat dagegen sehr viel auf den Weg gebracht,

(Kobler (CSU): Sie hat viele Arbeitslose auf den Weg gebracht!)

und nach dem 22. September wird sie Weiteres auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

(Beifall des Abgeordneten Kaul (CSU) – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Da ich die Redezeit nicht

verlängern will, nur in aller Kürze Folgendes: Herr Kollege Schläger, ich habe es Ihnen schon zehn Mal gesagt, aber entweder können Sie es sich nicht merken oder Sie möchten es sich nicht merken: Die Förderpraxis lässt in den GA-Gebieten eine Förderung von 28% bei den Klein- und Mittelbetrieben bis zu 50 Beschäftigten zu und bei den größeren Betrieben von 18%. Das verschweigen Sie immer. Der Grund dafür, dass der Schnitt tiefer liegt, ist darin zu suchen, dass diese Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land gemeinsam zu bezahlen ist. Da aber der Bund in den letzten Jahren die Mittel drastisch gekürzt hat, kann das Land nicht mehr ausgeben.

(Ach (CSU): Eben! – Zurufe von der SPD)

Wir können nicht mehr ausgeben; das ist es. Wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie im Bund dafür sorgen, dass er seinen Beitrag erhöht. Wir würden dann jederzeit unseren Beitrag auch erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen warten wir immer noch darauf, dass Bundeskanzler Schröder seine Zusage für ein Sonderförderprogramm im Grenzgebiet in der Oberpfalz und in Oberfranken einhält. Außer den Ankündigungen ist bis heute nämlich nichts gekommen.

(Kaul (CSU): Schläger, was nun? – Beifall bei der CSU)

Im Übrigen sagen Sie, ich hätte bei Winterling die bayerische Lösung verfolgt. Die andere Lösung – ich nenne Sie einmal die saarländische – hätte dazu geführt, dass die Arbeitsplätze, die später doch abgebaut worden sind, sofort abgebaut worden wären. Sofort! Dann muss ich Ihnen das auch noch sagen. Herr Beer von der IG BCE hat es Ihnen ja schon mehrfach erklärt, sodass man am Schluss den Eindruck haben konnte, Sie hätten das verstanden. Heute zeigt sich, dass Sie es wieder nicht verstanden haben. Ich gebe aber weitere Erklärungen auf, Herr Schläger,

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

weil ich glaube, dass es nichts nützt. Wenn das bereits mehrfach erörtert wurde und Sie dann immer wieder mit derselben Leier kommen, dann hilft alles nichts.

Der letzte Beitrag hat sich durch eine sehr feine Sprache ausgezeichnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgerechnet Sie als Experte für die feine Sprache!)

Da wurde mir vom Vorredner gesagt, ich sollte mich etwas vornehmer ausdrücken. Nun habe ich aufgepasst, wie sich der Kollege Strasser ausdrückt. Es war eine sehr vornehme und differenzierte Ausdrucksweise.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das muss ich Ihnen bestätigen. Ich muss allerdings auch eingestehen, dass wir nicht recht viel anderes von Ihnen gewohnt sind.

(Zuruf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Was jetzt?)

Aber im Gegensatz zu Ihnen mache ich keine Vorwürfe, sondern ich möchte nur etwas sachlich darstellen. Die Schulden, die bis 1998 gemacht worden sind, haben, wie jeder weiss, etwas mit der Wiedervereinigung zu tun.

(Widerspruch bei der SPD)

– Aber sicher! Passen Sie doch erst einmal auf. Und nun will ich nur noch ein Thema anschneiden. Herr Eichel tritt im Fernsehen bei Frau Christiansen auf und sagt, diese Schulden kritisiere er nicht.

(Zahlreiche Zurufe des Abgeordneten Strasser (SPD))

Die Schuldenaufnahme war notwendig. Jetzt hauen Sie hier auf die Pauke, als ob Sie von diesen Vorgängen nichts wüssten.

(Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Das nenne ich Doppelbödigkeit: Der eine spielt den Staatsmann und der andere macht den Dreckschmeißer.

(Strasser (SPD): Und Sie machen beides in einem!)

Worum ist es denn gegangen? Und worum geht es immer noch? – Es geht um die Beseitigung der Folgen der sozialistischen Misswirtschaft, wie wir sie in der DDR erlebt haben.

(Beifall bei der CSU)

Um nichts anderes geht es. Wenn ich eine Bilanz der heutigen Debatte ziehen darf, dann wäre Folgendes festzustellen. Ihre Beiträge zeigen den Realitätsverlust, den SPD und GRÜNE heute in der wirtschaftspolitischen Diskussion erleiden. Da ist nichts mehr da. Es zeigt auch Ihre völlige Desorientierung angesichts der Aussichten für die Bundestagswahl. Aber das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist nach 1 Stunde und 50 Minuten beendet.

(Hofmann (CSU): Wie schade!)

Ich lasse jetzt über die Dringlichkeitsanträge abstimmen, auch wenn ich mir nun den Unmut mancher Damen zuziehe.

Bevor ich über den Entschließungsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Politik für Arbeitsplätze“ auf Drucksache 14/10049 in der beantragten namentlichen Form abstimmen lasse, stelle ich den Dringlichkeitsantrag der Frak-

tion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Arbeitslosigkeit bekämpfen – Soziale Sicherheit gewährleisten“ auf Drucksache 14/10050 zur Abstimmung. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU sowie die Frau Kollegin – –

(Zurufe: Grabmair!)

Entschuldigung, Frau Kollegin Grabmair. Manchmal hat man Ladehemmung.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer davon frei ist, der werfe den ersten Stein.

(Heiterkeit)

Enthaltungen? – Kollege Hartenstein. – Der Antrag ist abgelehnt

Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU abstimmen. Dazu stehen Urnen bereit, die Ja-Urne auf der CSU-Seite, die Nein-Urne auf der Oppositionsseite, die Urne für Stimmenthaltungen auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Dafür stehen 5 Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.18 bis 17.23 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich auf:

Bestätigung eines Mitglieds im Bayerischen Landessportbeirat

Die Staatsministerin für Unterricht und Kultus hat mit Schreiben vom 8. Juli 2002 mitgeteilt, dass den Bayerischen Landkreistag künftig im Bayerischen Landessportbeirat an Stelle des bisher nominierten Landrats Erwin Filser Herr Landrat Hermann Steinmaßl vertreten soll. Frau Staatsministerin Hohlmeier hat gebeten, die Bestätigung des vorgeschlagenen Mitglieds durch den Landtag herbeizuführen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, hierüber bereits heute Beschluss zu fassen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit der Entsendung des früheren Kollegen Hermann Steinmaßl in den Bayerischen Landessportbeirat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen aller Kolleginnen und Kollegen. – Gegenstimmen gibt es keine, Stimmenthaltungen ebenfalls nicht. Damit hat der Landtag Herrn Hermann Steinmaßl als Mitglied des Bayerischen Landessportbeirats bestätigt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß Abschnitt VIII der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtages folgenden Beschluss des Präsidiums vom heutigen Tage bekannt:

Nach Anhörung des Landtagsabgeordneten Dr. Gröber, insbesondere nach Würdigung seiner Stellungnahmen vom 24. 6. 2002 und 9. 7. 2002, stellt das Präsidium fest, dass Kollege Dr. Gröber dadurch gegen Abschnitt II Ziffer 2 der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtags verstoßen hat, dass er den Empfang einer persönlichen Zuwendung von 100 000 DM von Herrn Siegfried Genz, damals Starnberg, im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit dem Landtagspräsi-

dentem nicht angezeigt hat. Das Präsidium nimmt die Erklärung von MdL Dr. Gröber zur Kenntnis, dass er sich für sein Verhalten entschuldigt und den Betrag nach Abschluss des gesamten Verfahrens gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung stellen möchte. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Es lohnt sicherlich nicht, weitere Tagesordnungspunkte aufzurufen. Ich wünsche uns ein gutes Wetter in Schleißheim.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.26 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.07.2002 zu Tagesordnungspunkt 20: Antrag der Abg. Naaß, Dr. Kronawitter u. a. (SPD) „Umsetzung des Bundesinfektionsschutzgesetzes; Freistellung von der Kostenpflicht für Beratung/Belehrung für im Ehrenamt Tätige“ (Drucksache 14/7294)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred				Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut			
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf				Guttenberger Petra	X		
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim	X		
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef	X			Hausmann Heinz	X		
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann	X			Heckel Dieter	X		
Boutter Rainer				Hecker Annemarie	X		
Brandl Max				Heike Jürgen W.	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Heinrich Horst			
Brosch Franz				Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred	X			Hoderlein Wolfgang			
Deml Marianne	X			Hözl Manfred			
Dingreiter Adolf	X			Hofmann Walter	X		
Dodell Renate	X			Hohlmeier Monika	X		
Donhauser Heinz	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Hufe Peter	X		
Eck Gerhard	X			Jetz Stefan	X		
Eckstein Kurt	X			Dr. Kaiser Heinz	X		
Egleder Udo	X			Kaul Henning			
Ettengruber Herbert	X			Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Eykmann Walter	X			Dr. Kempfler Herbert	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kiesel Robert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Klinger Rudolf	X		
Fischer Herbert	X			Kobler Konrad	X		
Förstner Anna-Maria	X			Köhler Elisabeth	X		
Franzke Dietmar	X			Dr. Köhler Heinz			
Freller Karl				König Alexander	X		
Gabsteiger Günter	X			Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kreidl Jakob			
Gartzke Wolfgang	X			Kreuzer Thomas	X		
Dr. Gauweiler Peter				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Geiger Hermann				Kuchenbaur Sebastian	X		
Glück Alois	X			Kupka Engelbert	X		
Göppel Josef	X			Kustner Franz	X		
Görlitz Erika	X			Leeb Hermann			
Goertz Christine	X			Leichtle Wilhelm			
Dr. Götz Franz				Lochner-Fischer Monica	X		
Dr. Goppel Thomas	X			Lode Arnulf			
Gote Ulrike	X			Loscher-Frühwald Friedrich	X		
Grabmair Eleonore				Lück Heidi	X		
				Prof. Männle Ursula			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz	X		
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi	X		
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich			
Pachner Reinhard	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp	X		
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus			
Sauter Alfred			
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria			
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz			
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			
Schmid Berta	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmidt-Sibeth Waltraud			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita			
Sibler Bernd			
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi			
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang			
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard	X		
Weber Manfred	X		
Weichenrieder Max	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul			
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	133	-	-

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.07.2002 zu Tagesordnungspunkt 21: Antrag der Abg. Dr. Dürr, Schammann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) „Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes bürgerfreundlich gestalten“ (Drucksache 14/7312)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred				Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter		X		Guckert Helmut			
Dr. Baumann Dorle		X		Güller Harald		X	
Beck Adolf				Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim		X	
Berg Irlind		X		Dr. Hahnzog Klaus		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker		X	
Biedefeld Susann		X		Hartmann Gerhard		X	
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold				Hecht Inge		X	
Böhm Johann		X		Heckel Dieter		X	
Boutter Rainer				Hecker Annemarie		X	
Brandl Max				Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz				Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne		X	
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang			
Deml Marianne		X		Hözl Manfred			
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate		X		Hohlmeier Monika		X	
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Hufe Peter		X	
Eck Gerhard		X		Jetz Stefan		X	
Eckstein Kurt		X		Dr. Kaiser Heinz		X	
Egleder Udo		X		Kaul Henning			
Ettengruber Herbert		X		Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Eykmann Walter		X		Dr. Kempfler Herbert		X	
Prof. Dr. Faltthäuser Kurt				Kiesel Robert		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Klinger Rudolf		X	
Fischer Herbert		X		Kobler Konrad		X	
Förstner Anna-Maria		X		Köhler Elisabeth	X		
Franzke Dietmar		X		Dr. Köhler Heinz			
Freller Karl				König Alexander		X	
Gabsteiger Günter		X		Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kreidl Jakob			
Gartzke Wolfgang		X		Kreuzer Thomas		X	
Dr. Gauweiler Peter				Dr. Kronawitter Hildegard			X
Geiger Hermann				Kuchenbaur Sebastian		X	
Glück Alois		X		Kupka Engelbert		X	
Göppel Josef		X		Kustner Franz		X	
Görlitz Erika		X		Leeb Hermann			
Goertz Christine		X		Leichtle Wilhelm			
Dr. Götz Franz				Lochner-Fischer Monica		X	
Dr. Goppel Thomas		X		Lode Arnulf			
Gote Ulrike	X			Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Grabmair Eleonore				Lück Heidi		X	
				Prof. Männle Ursula			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz		X	
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel		X	
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich			
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus			
Sauter Alfred			
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria			
Schieder Marianne		X	
Schieder Werner			
Schindler Franz			
Schläger Albrecht		X	
Schmid Albert			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmidt-Sibeth Waltraud			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred		X	
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred		X	
Schultz Heiko		X	
Schuster Stefan		X	
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita			
Sibler Bernd			
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi			
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes		X	
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang			
Voget Anne		X	
Volkmann Rainer		X	
Wahnschaffe Joachim		X	
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul			
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus		X	
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	9	123	1